

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erjährl. wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Ml. Angegenpreis die 8 gespaltene Zeitzeile 40 Pfsg. Telefon Nr. 585

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluss der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

## Betreibt die Hausagitation!

In einer Reihe von Ortsgruppen ist die Hausagitation im vollen Gange und hat hier und da schon bemerkenswerte Erfolge gezeitigt. Wo diese Werbearbeit noch nicht in Angriff genommen ist, muß es sofort geschehen. Keine Ortsgruppe, Bahnhofstelle oder Sektion darf hier versäumen.

Vorerst heißt es, die nötigen Adressen sammeln, dann die Vertrauensmänner und eifrigeren Kollegen zusammenrufen, die Adressen auf kleine Bezirke verteilen und an je zwei Kollegen zur weiteren Bearbeitung übergeben. Der erste Gang wird in der Regel weniger Erfolg aufweisen, aber beim wiederholten Besuch wird sich mancher unorganisierte Kollege überzeugen lassen und für uns gewonnen werden.

Nähere Anweisungen und Winke zur praktischen Durchführung der Hausagitation sind im Leitartikel in Nr. 45 unserer Organe (1908) enthalten, auf den wir hiermit nochmals dringend hinweisen.

Die Zeit ist jetzt für die Hausagitation günstig, wir gehen allen Anzeichen nach wieder einer besseren Konjunktur sowie dem Frühjahr entgegen. Diese Situation muß mit allen verfügbaren Kräften ausgenutzt werden.

Die Ergebnisse der Hausagitation werden im Organ veröffentlicht. Alle Gruppen haben darüber Bericht zu erstatten; auch diejenigen werden genannt werden müssen, die nichts getan und somit nichts erobert haben. Jetzt muß ein edler Wettstreit unter den Ortsgruppen entstehen um die Ehre, welche Gruppe dem Verbande die meisten Mitglieder durch die Hausagitation gewinnen wird.

## Unfallstatistik und Metallindustrie.

Das Reichsversicherungsamt muß nach Abschluß eines jeden Rechnungsjahres über die gesamten Rechnungsergebnisse der Unfall-Berufsgenossenschaften eine Nachweisung auffstellen, die von dem Reichskanzler oder seinem Stellvertreter dem Reichstage vorzulegen ist. So wollen es bei § 111 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und die gleichartigen Bestimmungen der übrigen Unfallversicherungsgesetze. Vor einigen Wochen ist dem Reichstage die Nachweisung der Rechnungsergebnisse vom Jahre 1907 unterbreitet worden. Uns Metallarbeiter interessieren in dieser umfangreichen Nachweisung, die sich fast ganz in Zahlen erschöpft, vornehmlich die Nachweise jener Berufsgenossenschaften, die die Metallindustrie und verwandte Berufe in sich schließen. 13 Berufsgenossenschaften kommen da in Frage, auf welche sich somit die nachfolgende Abhandlung erstreckt wird.

### 1. Zahl der versicherten Betriebe und Personen.

Präziser müßte es heißen: Zahl der versicherten Betriebe und der in diesen beschäftigten eventuell entschädigungsberechtigten Personen. Denn die Unfallversicherung unterscheidet sich von der Kranken- und Invalidenversicherung dadurch, daß die Berufsgenossenschaften die Betriebe als Versicherte im Statistiken führen; erhält ein Arbeiter z. B. nun bei der Beijämigung in dem oder für den Betrieb einen Unfall, so hat er, wenn der Unfall Schaden für den Verletzten im Gefolge hat, Anspruch auf Entschädigung. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Unternehmer seinen Betrieb bei der betreffenden Berufsgenossenschaft als versicherungspflichtig hat einzutragen oder nicht. Die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft ist gegeben, wenn der Unfall in dem Gefahrenbereich eines versicherungspflichtigen Betriebes erfolgt ist.

In der letzten, nicht überschriebenen Spalte der am Anfang der nächsten Spalte stehenden Tabelle haben wir die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Betriebsbeamten und Arbeit er angegeben. Ein Vergleich derselben mit der vorletzten Spalte zeigt, daß bei sechs Berufsgenossenschaften die Zahl der Beschäftigten, wie sie der durchschnittlich beschäftigten Personen. Der Betruck der betreffenden Ziffern erleichtert die Übersicht. Bei

Berufsgenossenschaften	Betriebe	Berufsgenossenschaften überhaupt	Soll-arbeiter*	
VG. der Feinmechanik Südb. Eisen u. Stahl-VG. Südwesdeutsche Eisen-VG.	5802 12214 686	222958 210240 76657	222958 197648 76412	222828 209218 76514
Rheinisch-Westf. Hütten- u. Walzwerks-VG. Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-VG.	222 7785	171672 227091	174864 227091	171672 225462
Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl-VG. Nordöstliche Eisen- und Stahl-VG.	5792 5652	160860 127431	156144 121889	130889 127185
Schlesische Eisen- und Stahl-VG.	2014	114714	111421	111220
Nordwestliche Eisen- und Stahl-VG.	5961	161010	146452	161010
Süddeutsche Edel- und Uebelmetal-VG.	2361	78106	78106	78074
Norddeutsche Metall-VG.	3878	138632	122828	137719
Chemische Industrie-VG.	8818	214904	214904	207704
Schmiede-VG.	54728	15426	118007	87742
<b>Summa . . . . .</b>	<b>15855</b>	<b>2058707</b>	<b>1968679</b>	<b>1980555</b>

\* Vollarbeiter: Zahl der Arbeitstage (schichten) geteilt durch 300. In dieser Berufsgenossenschaften sind aber noch eine ganze Anzahl versicherte Betriebsunternehmer und andere Versicherte zu verzeichnen. Es zählt die Schmiedeberufsgenossenschaft noch 66 886 versicherte Betriebsunternehmer (Handwerkmeister) — so daß bei diesen die Zahl der Vollarbeiter geringer ist, wie die der Versicherten überhaupt (Kolonne II). Bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft aber gibt es nur versicherte Betriebsbeamte und Arbeiter, so daß einzig bei dieser Genossenschaft die Zahl der Vollarbeiter, die Zahl der versicherten Personen überhaupt übersteigt.

Was das zu bedeuten hat, zeigen die Vorbemerkungen zu den Rechnungsergebnissen. Es heißt darin: "Wo die Zahl der Vollarbeiter die Zahl der durchschnittlich Versicherten übersteigt, ist in den betreffenden Industriegewerken usw. entweder an mehr als 300 Tagen im Jahre gearbeitet worden, oder es war auf kürzere Zeit eine größere Zahl Hilfsarbeiter eingestellt, die in der Zahl der Versicherten nicht enthalten ist, deren Arbeitsstage aber bei Ermittlung der Vollarbeiter in Rechnung zu stellen waren," so würde diese Zahl doch bei weitem kompensiert werden durch die vielen Krankheitstage, die bei den in Rechnung gezogenen Arbeitern zu verzeichnen sind. Die nächsten Zahlen der Berufsgenossenschaften ergeben also folgendes Bild:

Die 171 672 versicherten Personen der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaften haben 174 864 × 300 Arbeitsschichten im Jahre 1907 geleistet; das macht pro Versicherten (Beamte und Jugendliche eingerichtet) 305,6 Arbeitsschichten pro Jahr.

Da aber ohne Zweifel grade im Eisengrossgewerbe die Zahl der Krankheitstage viel größer ist, wie die Zahl der Arbeitsschichten der vorübergehenden Hilfsarbeiter, so wird die Zahl der Arbeitsschichten auf die einzelne Person noch erheblich erhöht werden können. In der Statistik ist aber nicht berücksichtigt die Stundenzahl der Arbeitsschichten, wäre die in Rechnung gezogen, so würde sich das Bild noch bedeutend zu Ungunsten der 222 Betriebe im Rheinisch-Westfälischen Eisengrossgewerbe verschieben.

### 2. Unfallhäufigkeit

Zahl aller Verleisten, für welche im Laufe des Rechnungsjahrs 1907 Unfallanzeigen erstattet wurden sind:

Berufsgenossenschaften	abso-lute	ver-sicherte Per-sonen	Voll-arbeiter
VG. der Feinmechanik Südb. Eisen- und Stahl-VG. Südwesdeutsche Eisen-VG.	10386 14274 8391	4688 6789 10948	4688 7289 10981
Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerks-VG. Maschinenbau- u. Kleineisenindustrie-VG.	30260 16817	17627 7408	17308 7408
Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl-VG. Nordöstliche Eisen- und Stahl-VG.	11040 12575	6808 9809	7070 10241
Schlesische Eisen- und Stahl-VG.	10569	9213	9481
Nordwestliche Eisen- und Stahl-VG.	13942	8644	9544
Sachsen-Anhaltische Eisen- und Stahl-VG.	21112	2101	2101
Norddeutsche Metall-VG.	5576	4044	4540
Berufsgenossenschaft der chem. Industrie	13034	6048	6048
Schmiede-Berufsgenossenschaft	3593	2347	3045

Wiederum marschiert die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft an der Spitze. Sodann folgt die Südwesdeutsche Eisenberufsgenossenschaft, die die schwere Industrie von Saar und Lothringen in sich birgt. Dass erstere Genossenschaft die größte Zahl Unfälle auszuüben hat, ist bei der großen Zahl von Arbeitsschichten der in ihr versicherten Arbeiter kein Wunder. Denn niemand kann ernstlich bestreiten, daß übermüdete Arbeiter viel mehr der Unfallgefahr erliegen wie andere.

### 3. Unfallfolgen.

Im Laufe des Rechnungsjahrs zum ersten Mal ent-schädigte Unfälle:

Gefahren bei Verlegungen	Gefahren bei Verleisten			
	versicherte Personen	betriebs-nahe	vor-über-gehende	alle
	881	944	445	1 072
	16	8	1	270
	68	81	105	828
	664	1065	1074	677
	1001	1071	1163	685
	2748	1572	222	1139
	16,41	15,72	22	586
	10,16	10,16	24	1 575
	6,88	7,07	44	380
	11,85	12,39	51	762
	15,80	16,27	100	566
	1,813	2	84	892
	1,104	1,104	11,43	590
	1,510	1,510	12	997
	1,813	2	8	133
	1,149	1,149	8	132
	1,674	1,674	8	102
	5,43	5,43	3	6
	9,05	9,05	26	33
	9,45	9,45	140	140
	6,02	6,02	29	29

Stunden auf 1000 ver-sicherte Arbei-tner	Gefahren bei Verleisten			
	versicherte Personen	betriebs-nahe	vor-über-gehende	alle
6,64	8,1	8	1	116
10,01	10,65	10,74	1	1 072
821	10,71	—	445	828
2,748	16,91	15,72	85	685
—	—	—	1,613	677
2,308	10,16	10,16	24	1 575
7	6	6	380	380
180	120	2	84	892
68	61	1	445	828
—	—	—	1,104	116
—	—	—	1,510	685
—	—	2	1,813	1 589
—	—	—	1,149	1,149
—	—	—	1,674	1,674
—	—	—	5,43	5,43
—	—	—	9,05	9,05
—	—	—	9,45	9,45
—	—	—	6,02	6,02

Berufsgenossenschaften	Gefahren bei Verleisten			
versicherte Personen	betriebs-nahe	vor-über-gehende	alle	





<tbl\_r cells="5" ix="5" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols="

fahrens oder der ersten 13 Wochen noch eine Erwerbsbeschränkung von mindestens 10% verursachen. Sie werden unter der Rubrik: „Verletzte Personen, für welche im Laufe des Rechnungsjahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind,” in den Rechnungsergebnissen besonders geführt. Man bezelnet diese schlechtweg als die schwereren Unfälle. Wie tun die vorstehende Tabelle beweist, rangiert auch hier wieder die schwere Industrie an erster Stelle.

#### 4. Unfallverhütung.

Angesichts der mitgeteilten Ziffern ist es von besonderem Interesse zu erfahren, was seitens der angeschlossenen Genossenschaften an Unfallverhütung geleistet worden ist. Sehr viel ist es allerdings nicht. Das entspricht aber auch ganz der Organisation der Berufsgenossenschaften, bei welchen die Unternehmer ganz allein herrschen. „Wir zahlen auch allein die Beiträge”, ist die stereotype (stets widernehmende) Antwort der Unternehmer. Als wenn die Arbeiterschaft durch das Summatrachten ihrer gejunden Knochen nicht unendlich mehr Beiträge leiste, wie der Unternehmer mit seinem Mammon! Das muß bei der kommenden Reform der Unfallversicherung ganz besonders hergehoben werden. Die Arbeiterschaft hat ein Recht, bei der Unfallverhütung mitzutun! Sie ist es durch freigestellte Kontrolleure aus ihrem Stande über durch die entsprechend geschützten Mitglieder der Arbeiterausschüsse, welche ja nach Beschluss der Gewerbeordnungskommission in Zukunft für alle Betriebe mit 20 und mehr Arbeitern eingeführt werden sollen.

#### Ausgaben:

genossenschaftlichen Genossenschaften	Übertragung der Betriebe	Ertrag von Gebühren- und Nettoumsatz	Übertragung vom Betrieb	Sollzahlen	Technische Rücksichtnahme	#	#	#	#	Bahl
BG. der Feinmechanik	25179 <sub>06</sub>	1470 <sub>05</sub>	29 <sub>05</sub>	26678 <sub>11</sub>	8 (3)					
Gübb. Eisen- u. Stahl-BG.	26786 <sub>11</sub>	—	—	26736 <sub>07</sub>	8 (8)					
Süddeutsche Eisen-BG	3227 <sub>55</sub>	—	235 <sub>00</sub>	13462 <sub>11</sub>	1 (1)					
Rheinisch-Westf. Hütten- und Walzwerke-BG.	24081 <sub>11</sub>	—	880 <sub>00</sub>	24861 <sub>00</sub>	2					
Maschinenbau und Klein-eisenindustrie-BG.	26832 <sub>11</sub>	42 <sub>00</sub>	1105 <sub>00</sub>	28780 <sub>00</sub>	9 (9)					
Sächsische Hütting. Eisen- und Stahl-BG.	12676 <sub>11</sub>	4497 <sub>00</sub>	—	17178 <sub>00</sub>	2 (2)					
Nordhessische Eisen- und Stahl-BG.	8127 <sub>00</sub>	168 <sub>00</sub>	—	829 <sub>00</sub>	2 (2)					
Schles. Eisen- u. Stahl-BG	15214 <sub>00</sub>	—	120 <sub>00</sub>	5931 <sub>00</sub>	2 (2)					
Korbach-Eisen- u. Stahl-BG	15181 <sub>00</sub>	55 <sub>00</sub>	5080 <sub>00</sub>	20277 <sub>00</sub>	3 (3)					
Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-BG.	5698 <sub>11</sub>	2178 <sub>00</sub>	—	7870 <sub>00</sub>	1 (1)					
Norddeutsche Metall-BG.	9700 <sub>11</sub>	248 <sub>00</sub>	—	9943 <sub>00</sub>	2 (2)					
BG. der chem. Industrie	98469 <sub>11</sub>	3524 <sub>00</sub>	—	101992 <sub>11</sub>	1 (5)					
Stahlwerke-BG.	18150 <sub>00</sub>	82 <sub>00</sub>	—	8067 <sub>00</sub>	1 (1)					

Die eingestammerten Zahlen der letzten Kolonne beziehen sich auf das Vorjahr (1908).

Die rheinisch-westfälische Hütten- und Walzwerks-Genossenschaft hat sich im Jahre 1907 also auch endlich bequemt, 2 technische Aussichtsbeamte anzustellen, während die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie ihre Aussichtsbeamten von 5 auf 11 vermehrt hat. Die übrigen Genossenschaften fanden eine Vermehrung des Aussichtspersonals nicht für notwendig.

#### Hütter Hüttenarbeiter-Verhältnisse.

Die Lage der Arbeiter in den Königlich Preußischen und Herzoglich Braunschweigischen Hüttenwerken am Unterharz verdient, der Daseinsmüllerei näher unterbreitet zu werden.

In Mitteleuropa, am Fuße des Harzgebirges, finden wir eine der ältesten Industriegegenden unseres Vaterlandes. Noch heute stehen die Hüttenwerke am Unterharz sowohl wie auch die des Oberharzes unter den gleichartigen Betrieben an erster Stelle; eine ungleich wichtigere und größere Bedeutung hatten sie in der Vergangenheit. Als in Rheinland-Westfalen, dem Schwerpunkt unserer heutigen Eisenindustrie, noch niemand ahnte, daß dereinst in diesem Gebiete sich Eisenstein an Säurstein reihen würde, da war hier am Harz schon längst eine hochentwickelte Eisenindustrie. Beispielsweise sei hier erwähnt, daß im Jahr 1831 auf dem Eisenhüttenwerk zu Thale a. S. von dem damaligen Hüttenmeister Benninghausen die erste eiserne Wagenachse hergestellt wurde; seit dem Jahre 1835 schon wurde ebendort verzinktes und spater mit einer Zink-Zinn-Mischung versehenes Kochgitter hergestellt. Außerdem finden wir die Eisenhütte zu Lübach, die im Jahre 1709 angelegte Rothe-Hütte, die Eisenhüttenwerke zu Ilsenburg, dem Grauen Stolberg-Wernigerode gehörig, die Mathisbühne-Hütte bei Herzberg, die Hütter Hütte zu Jörge und Rübeland, das Römersteiner Eisenhüttenwerk und andere. Am Unterharz bestanden damals drei Hüttenwerke, die zweite zu Oder, die im Jahre 1527 von Herzog Albrecht dem Jüngeren gegründet, die Herzog-Sophien-Hütte, die 1568 am Harz gebaut wurde,

in diesen Hütten werden die Erze des Rammelsberges bei Goslar und neuerdings auch viele ausländische Erze verarbeitet. Es werden Gold, Eisen, Silber, Blei, Kupfer, Kupfersulfat, Schwefelsäure und mancherlei andere Nebenprodukte hier gewonnen. Besonders dieser Weise sind die Staaten Preußen und Braunschweig, und zwar entfallen auf Preußen vier Siebtel und auf Braunschweig drei Siebtel. In den Jahren mit geraden Ziffern führt das preußische Oberbergamt in Clausthal die Oberaufsicht, in den ungeraden Jahren (wie in diesem Jahr) unterstehen die Werke der herzoglich-braunschweigisch-lüneburgischen Kammer. Die Bedeutung dieser Werke besonders für den Staat Braunschweig kommt dadurch zum Ausdruck, daß dieser infolge der Überflüsse der Unterharzer Werke seine sämtlichen Beamten, die weniger wie 2100 M. Gehalt haben, eine Zulage von durchschnittlich 18 % geben konnte.

Nun wird vielleicht mancher Leser denken, wenn der Staat infolge der guten Resultate der Hüttenwerke eine 18%ige Gehaltzzulage für seine Beamten vorgesehen hat, dann würden auch selbstverständlich die Arbeiter in diesen Werken gut gestellt und auskömmlich bezahlt werden. Man sollte dies um so mehr annehmen dürfen, als hier eine Arbeiterschaft vorhanden ist, die nicht oft ihre Arbeitsstätten wechselt. Wir finden, daß der größte Teil der Belegschaft vom Tage der Entlassung aus der Schule bis zur Arbeitsunfähigkeit oder bis an ihr Lebensende in diesen Betrieben verbleibt. In Privatbetrieben werden in der Regel Arbeitern, die 25, 30 oder 40 Jahre ihre Kräfte in den Dienst des Werks gestellt haben, gut behandelt, ordentlich bezahlt und auf das Wort solcher Männer wird Gewicht gelegt. Wir kennen Betriebe, wo der Werksbesitzer bzw. die Werksleitung auf die Meinung dieser alten, gewissenhaften Arbeiter mehr Gewicht legt, als auf die Ansichten jüngerer Beamten und Angestellten.

In den Betrieben am Harz, die dem Staat gehören, trifft das aber leider nicht zu. Die Löhne betragen für die 1. Schmelzer in den Bleihütten 3,60 M. pro Schicht. Nun vergegenwärtige man sich einmal die Tatsache, daß derjenige, der diesen Lohn verdienten will, 25–35 Jahre auf dem Werke beschäftigt sein muss, dann kann man ungefähr einen Begriff davon bekommen, was jüngere Leute verdienen. Eine genaue Lohnstatistik aufzustellen, war uns bisher nicht möglich, denn bis zum 1. Oktober vorigen Jahres wurden die geleisteten Schichten auf den Lohnzetteln gar nicht angegeben. Durch das Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes wurden dann vom 1. Oktober ab auch die Schichten angegeben.

Doch auch hierbei versuchte man seitens der Werksverwaltungen einen Trick auszuführen, indem man nicht die wirklich geleisteten Schichten, sondern die Zahl der Arbeitstage auf dem Lohnzettel anführte, wodurch der Schichtlohn künstlich um 20 bis 30 Pf. höher erschien, wie er wirklich ist. Beispieleweise hatte ein Kollege im Monat 93,50 M. auf der Hütte zu Oder verdient; auf dem Lohnzettel waren aber nur 26 Arbeitstage angegeben, sodass pro Schicht 3,60 M. verdient worden wären. In Wirklichkeit waren aber 27½ Schichten gemacht worden und der Verdienst pro Schicht betrug 3,40 M.; also hatte man tatsächlich den Schichtlohn um 20 Pf. erhöht. Gegen ein derartiges Verfahren nahmen wir seitens des Verbandes Estellung und wurde unser Knappelschaftsältester beauftragt, der Werksleitung den Wunsch der Belegschaft zu unterbreiten, auf den Lohnzetteln die wirklich verjährten Schichten anzugeben. Dieser Wunsch wurde anfangs seitens der Werksleitung abgelehnt.

Daraufhin wurde unser Bezirksleiter beauftragt, den geäußerten Wunsch schriftlich der Werksdirektion einzutragen, was am 13. Januar 1909 denn auch geschah. Am 14. Januar traf denn auch die Antwort der Werksleitung bei unserer Bezirksleitung ein, daß „seitens des Hüttenwerks erwogen würde, wie diesem Wunsche Rechnung getragen werden könnte.“ Bei der Auslösung im Februar waren denn auch die wirklichen Schichten auf den Lohnzetteln angegeben.

Dieses Streben der Werksleitung gegenüber den berechtigten Wünschen der Hüttenleute läßt sich wohl damit erklären, daß man nicht gerne die Anzahl der monatlich verjährten Schichten in die Daseinsmüllerei bringen will, denn 29–31 Schichten monatlich in der Schmelzhütte und einigen anderen Betrieben sind an der Tagesordnung; 45–47 Schichten monatlich, wie auf der Silberhütte zu Lautenthal, kennt man allerdings bei uns am Unterharz nun doch nicht.

Wie aber ältere Leute, die ihre Gesundheit auf den Hüttenwerken eingehängt haben, behandelt und gelohnt werden, soll in folgendem dargestellt werden. Im Schmelzbetrieb wird auch Koks gebraucht; auf den sogenannten Gichtböden wird der Koks von älteren Leuten zerkleinert. Die Schmelzer in diesen Betrieben haben die Achtschichtzeit. Diese Arbeiter müssen aber 12 Stunden in dem bleibenschwangeren, giftigen Raum aushalten, für den ungeheuren Lohn von 2,70 M. pro Schicht! Einer dieser Leute ist 77 Jahre alt und 36 Jahre auf dem Werk. Allerdings würde dieser wohl gern in Pension gehen, hätte er auch etwas verdient, aber er erhielt keine Gruppenabschaffung und so ist er gezwungen, für sein bis-

chen Brot täglich diese ungewöhnliche Arbeit zu verrichten. Von den andern Kollegen sind zwei ja 52 Jahre alt und 33 Jahre auf dem Werk, ein anderer 54 Jahre alt und 40 Jahre auf der Hütte; ein weiterer 57 Jahre alt und 81 Jahre auf dem Werk, dann noch ein anderer ist 59 Jahre alt und seit 1873, also 36 Jahre im Dienste des Staates. Außerdem diesen Kollegen ist noch ein Mann am Kotszerrleinern beschäftigt, der 39 Jahre alt und 13 Jahre auf dem Werk ist; er ist durch einen Steinbruch lahm geworden und nun in diesem „Krüppelheim“ mit untergebracht.

Es ist unsagbar traurig, daß diese Leute nur 2,75 M. Lohn erhalten nach so langen Dienstjahren; vor 1½ Jahren erhielten sie gar nur 2,45 M., durch das Vorgehen des Verbandes bekamen auch sie damals eine Lohnzulage von 30 Pf. pro Tag. Zur Ehre dieser Kollegen sei's aber auch gesagt, daß sie fast vollständig dem Verbande angehören.

Noch manches trübe Bild könnte man entrollen. Wie auf der Hütte zu Oder geht's auch auf der Julius- und Sophienhütte. Hätten nicht auch die Hüttenleute eine Aufbesserung ihres Löhnes wohl verdient? Statt dessen verwendet man den Überschuss, der auf den Kopf eines Arbeiters für das Jahr 1907/08 berechnet, rund 1300 M. betrug, dazu, um die Beamtengehälter aufzubessern! Die armen Hüttenarbeiter aber sollen leer ausgehen. Wir sind die ältesten, die anderen Berufen ihren Verdienst abgrenzen und der Staat hat die Verpflichtung, auch für seine Beamten zu sorgen; aber auch den Hüttenleuten der Staatsbetriebe, deren Durchschnittslohn bei schwerer Arbeit kaum 3 M. beträgt, sollte der Staat in Punkto Bezahlung mehr Aufmerksamkeit widmen! Früher, als noch keine Organisation sich um die Hüttenleute kümmerte und die Hüttenleute keinen Verband nötig zu haben glaubten, war es noch schlimmer. Über die vielfach unlösbare Behandlung soll später einmal ausführlicher berichtet werden. Für heute sei noch erwähnt, daß auch die Lammsgebäude der Hüttenleute endlich dem Gefühl gewichen ist, daß nur durch Zusammenschluß eine Verbesserung herbeizuführen ist.

Die christlichen Gewerkschaften haben hier ihr Banner ausgepflanzt, der Gewerksverein für die Bergleute und der christliche Metallarbeiterverband für die Hüttenleute. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, auch hier wie an so manchen andern Stellen den Kampf um die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes zu führen. Nun Kollegen, gilt es, für unsere Sache unermüdlich tätig zu sein, die Opfer an Zeit und Geld müssen freiwillig gebracht werden, wenn auch hier der Frühling einföhren soll. Auch in den dumpfen, von giftigen Gasen gefüllten Hütten beginnt es zu tagen, tue ein jeder seine Pflicht, dann werden auch mit Hüttenleute bald mit dem Richter sagen können:

Und draut der Winter noch so sehr,  
Mit trocken Geberden,  
Und streut er Eis und Schnee umher;  
Es muß doch Frühling werden! — W. B.

#### Zur Entwicklung der deutschen Krankenversicherung.

Mehr als 20 Jahre sind seit der Einführung unserer deutschen Krankenversicherung vergangen, und mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis über die große soziale und wirtschaftliche Bedeutung dieser Einrichtung in den Kreisen der Gesamtheit Wahn. Insbesondere hat die Arbeiterschaft allen Grund, die weitere Entwicklung mit Aufmerksamkeit zu beobachten und zu verfolgen, nachdem dieselbe gewissermaßen für sie einen Rettungsanker bildet, der in den Tagen der Krankheit dessen Gesundheitlichen und wirtschaftlichen Ruin hinaushalten soll. Hierzu ist aber vor allem nötig, daß die zuständige Kasse auch jene Leistungen gewährt, welche zur Errichtung dieses Heiles verlangt werden können. Der Gesetzgeber wollte in der Krankenversicherung eine Errichtung schaffen, welche dem Versicherten, neben dem Recht der Selbstverwaltung, möglichst hohe Leistungen im Extraktionsfalle sichert.

Dass dieses nicht bei allen gesetzlichen Kassen trifft, weiß jeder Kollege. Hat doch die Entwicklung unserer Krankenversicherung den Willen des Gesetzgebers nahezu ignoriert, und besonders jene Kassen berücksichtigt, welche nicht das dem Arbeiter blieben, was eigentlich der Gesetzgeber wollte. Dies ist nur in den Ortskrankenassen gegeben. Leider bildet diese Kassenart nur etwas mehr als den fünften Teil aller bestehenden Kassen. Sie sind gegenüber den anderen Kassen ganz beträchtlich in der Zahl zurückgeblieben.

Wir wollen uns nur mit den drei bedeutendsten Kassenarten beschäftigen, nämlich mit den Orts-, Gemeinde- und Betriebskrankenassen, da diese mehr als vier Fünftel sämtlicher Versicherten umfassen. Mithin sind die übrigen in der Mitgliederzahl weniger bedeutend. Beträgt mir deren Entwicklung seit 1885, so ergibt sich folgendes sehr interessante Bild. Im besagten Jahre gab es in Deutschland 7125 Gemeindeversicherungskassen, welche bis 1907 auf 8290 angewachsen sind. Ortskrankenkassen 1885 3700, 1907 4757. Betriebskassen 1885 5500, 1907 7914. Obwohl die Gemeindekassen vermehrten sich um 1165, die Ortskassen um 1057 und die Betriebskassen um 2414. Welch eine Benachteiligung der Arbeiter liegt

nicht in diesen Biffern ausgedrückt. Es ist geradezu erschreckend, wieviel eine Versplitterung innerhalb dieser Zeit eingetreten ist, da die Zahl der Kassen von 1892 im Jahre 1885 sich auf 23 232 bis 1907 erhöhte. Hier wird die kommende Reform bei der Krankenversicherung einzusezen haben, denn nur eine größere Zentralisation wird es ermöglichen, daß höhere Leistungen bei den Kassen erzielt werden.

Bei der Gemeindekrankenversicherung hat die natürliche Entwicklung bereits einen Anfang zur Verbesserung der Verhältnisse angebahnt; denn dieselben sind von 1906 auf 1907 bereits um 7% zurückgegangen. Möge man bei der Reform das Werk der Gesundung vollenden und diese Kassenart rückwärts herstellen, denn das erfordert die Gerechtigkeit und das Interesse an der Erhaltung eines gesunden sowie leistungsfähigen Arbeitersstandes. Diese rückständigste Art der Krankenversicherung ist einfach unzulässig geworden, was wohl jeder Kenner der Verhältnisse bestätigen wird. Vor allem geht es heute nicht mehr an, vom Arbeiter bloß Beiträge zu verlangen, ihn aber auf die Kasse und ihre Leistungen jeglichen Einflusses zu beraubten. Da selbe verlangt dort, wo es um sein Wohl und Wehe geht, ein Wort mitzusprechen zu können; seine Ansicht und Meinung über die Durchführung und Leistungen einer solchen Einrichtung müssen im Interesse der Kasse gehörig, und womöglich auch gewürdigt werden. Woher soll er das Vertrauen zur Kasse nehmen, wenn man ihn völlig ausschaltet bei den wichtigsten Fragen und Angelegenheiten.

Über nicht bloß prinzipielle Gesichtspunkte sind es, welche diese Kassenart unmöglich für die Zukunft machen dürften, sondern vor allem kommt auch noch die materielle Benachteiligung der Mitglieder dabei in Betracht. In dieser Beziehung dürfte wohl der ortsübliche Tagelohn, welcher bei der Gemeindekrankenversicherung eine so große und wichtige Rolle spielt, das erste Schmerzenstind genannt werden. Nach diesem richtet sich das Krankengeld. Studiert man die Statistik der ortsüblichen Tagelöhne, so liegt die Schädigung des Arbeiters auf der Hand, denn unter diesen finden sich heute noch Fälle von 1,20 Mark. Ein Zustand, der der bringenden Beachtung bedarf. Ferner kommt diese Kassenart keine Wohnerinnerunterstützung, ebenso kein Sterbegeld.

Welch ein gewaltiger Unterschied zwischen den Leistungen der Gemeindekrankenversicherung und den Ortskrankenkassen besteht, zeigt sich deutlich, wenn wir nur die Unterstützungen, welche diese Kassen an Schwangere und Wöchnerinnen bezahlten, und das Sterbegeld in Betracht ziehen. Nehmen wir das Jahr 1907: Die Gemeindekrankenkassen haben für Wöchnerinnen die Summe von 50 Mark als Ausgabe zu verzeichnen, während die Ortskrankenkassen für denselben Zweck den Betrag von 3 681 079 Mark verausgaben. Zehnlich liegen die Dinge bei den Ausgaben bei Todesfällen. In demselben Jahre bezahlten die Gemeindekrankenkassen an Sterbegeld 50 Mark, die Ortskrankenkassen dagegen 8 517 833 Mark. Hinzu kommt ferner noch, daß die Ortskrankenkassen das Recht haben, ihre gesetzlichen Leistungen wesentlich zu erweitern und zu erhöhen. Wir erinnern beispielweise nur an die Familienversicherung, die von einem Teil dieser Kassen schon längst durchgeführt ist.

Bei einem Studium dieser Zahlen läßt sich sehr leicht erkennen, wie die deutsche Arbeiterschaft durch die "alzu starke" Entwicklung der Gemeindekrankenversicherung benachteiligt wurde. Auch die Betriebskrankenkassen, und deren Entwicklung, kann man von unserem Standpunkte aus nur verurteilen. Sind auch die gesetzlichen Leistungen derselben die gleichen, wie die der Ortskrankenkassen, so muß vor allem die Rechtslosigkeit der Arbeiter in denselben ungemein bedauert werden. Nach dem Gesetz sollten auch in diesen Kassen die Arbeiter das Recht der Mitverwaltung besitzen, allein das dort zutage tretende Abhängigkeitsverhältnis ist viel zu stark, um von einem Verwaltungsrecht in der Praxis reden zu können. Die Unternehmer haben durch die fastsam bekannten Praktiken ihrer Betriebskrankenkassen sich heute eine förmliche Monopolstellung in der Ausbeutung der Arbeitskräfte geschaffen, was umso mehr zu bedauern ist, als dadurch die schlechten Füßen auf die Orts- und Gemeindekrankenkassen abgewälzt werden, bei denen eine günstige Entwicklung vielfach verhindern und so allgemein, insbesondere aber arbeiterschädigend wirken. Vor allem hätte auch der Kleinbetrieb allen Grund, die weitere Entwicklung dieser Kassen zu beachten, denn wenn die Industrie durch diese Kassen die gesunden, vollwertigen und deshalb leistungsfähigsten Arbeitskräfte immer mehr an sich zieht, wird der ohnehin erfahrene Konkurrenzkampf für ihn immer schwieriger. Offensichtlich gelingt es bei der bevorstehenden Reform, die Betriebskrankenkassen zu beseitigen, oder doch wenigstens einzudämmen. Leiderfalls sind die heutigen Zustände nicht mehr zu halten, daß meinetwegen ein Unternehmer, wenn in der Ortskrankenkasse ordentliche Beiträge verlangt werden, um beispielsweise Familienversicherung durchzuführen zu können, derselbe dann das Recht hat, mit 50 Mark eine Betriebskrankenkasse zu gründen, um für die Kleinbetriebe und das Wohl seines jener Arbeiters nicht so viel bezahlen zu müssen.

Auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen ist sehr interessant. Sie gibt gleichsam ein Spiegelbild von der Entwicklung unseres Erwerbslebens. Im Jahre 1885 gab es in Deutschland 4 294 178 Personen, welche der reisegesetzlichen Krankenversicherung unterstellt waren. 1898 belief sich deren Zahl auf 8 502 845 und heute zählen wir 12 738 966. Also eine Zunahme von nahezu 200 Prozent. Der Prozentanteil dieses Zuwachs auf die Ortskrankenkassen. Von 2 220 781 Mitgliedern im Jahre 1888 stiegen sie bis 1907 auf 6 194 108. Ihnen folgen die Betriebskassen mit 1 124 667 im Jahre 1888 und 3 156 221 1907. Etwa weniger günstig gestalteten sich die Zahlen bei der Gemeindekrankenversicherung, denn sie stiegen im selben Zeitraum von 770 968 auf 1 564 756 Versicherte. Prozentual fällt die größte Mitgliedersteigerung den Innungskassen zu, denn 1888 hatten sie 55 428 Versicherte, 1907 264 122. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als auch die Zahl dieser Kassen eine Mehrung um 250 Prozent erfuhr. Hier greift die größte Versplitterung Platz. Einen Rückgang ihrer Mitglieder weisen die Baukrankenkassen und die landesrechtlichen Hilfskassen nach. Erstere fielen von 28 627 auf 19 697 und die letzteren von 142 895 auf 28 020 Versicherte.

Mit der Entwicklung unserer Großindustrie und der Mitgliederzahl der Kassen steigerten sich auch die Erkrankungsfälle und die Zahl der Krankheitstage. So erkrankten 1888 1 762 520 Versicherte und erreichten 29 528 770 Krankentage und 1907 4 956 388 Personen mit 97 148 780 Krankentagen. Hier zeigt sich, daß heute im Durchschnitt die erkrankte Person längere Zeit zu ihrer Heilung und Wiederherstellung bedarf. Diese eben ungewöhnlichen Ziffern führen eine bereite Sprache darüber, was die deutsche Arbeiterschaft bei der heutigen Produktion und Gesundheit opfern muß und welche gewaltigen materiellen Nachteile sich daraus für dieselben ergeben.

An Krankengeld wurden verausgabt im letzten Berichtsjahr 121 416 115 Mark. Rechnen wir diese Summe doppelt, da das Krankengeld die Hälfte vom Lohnsatz beträgt, der zur Berechnung der Beiträge in Frage kommt, so ergibt sich ein Mindestlohnauflauf von 242 822 230 Mark im Minimum, da der meiste Teil nicht verdient, als obiger Lohnsatz annimmt. An Lohnauflauf und Behandlungskosten kommen gerings gerechnet 350 Mill. für Erkrankungen im Jahre 1907. Im Jahre 1906 hatten wir eine Zunahme der Versicherten um 504 912 gezeigt. 1905. Dabei betrug der Rückgang an Erkrankungen 27 602, die Krankheitstage sanken um 637 691. 1907 ergibt sich bei einer Mehrung der Mitglieder von 459 578 eine Steigerung der Erkrankungen um 532 672 und eine solche der Krankheitstage von 9704 175. Demgemäß steigerten sich auch die Ausgaben um 32 093 902 Mark in einem Jahre. Ein bemerkenswertes Ergebnis ist die Tatsache, daß die durchschnittlichen Behandlungskosten von 11,40 Mark pro Mitglied im Jahre 1885 auf 22,56 Mark sich erhöhen. Daß davon die Ärzte einen beträchtlichen Prozentsatz an höheren Behandlungskosten beanspruchen, ist selbstverständlich. Die Gesamtausgaben mehrten sich von 79 304 810 im Jahre 1888 auf 319 592 187. Die Gesamtausgaben von 67 729 060 auf 299 091 756 im Jahre 1907.

J. A.

### Aus der Emaille-Industrie.

Von einem lange Jahre in der Emailleindustrie beschäftigten Kollegen wird uns folgendes geschildert: Zweifellos gehört die Emailleindustrie mit zu denjenigen Berufen in der Metallbranche, die in den letzten Jahren durch die kapitalistische Betriebsform die Arbeiter schwer in Mitleidenschaft gezogen hat. Besonders in der jetzigen schlechten wirtschaftlichen Konjunktur haben die Emaille-Arbeiter und -Arbeiterinnen viel zu leiden. Sei es durch Lohnabfall, Zeiterhöhung, Betriebs einschränkungen und auch durch schlechte Behandlung. Ein drastisches Beispiel wurde erst kürzlich in unserm Verbandsorgan aus Fulda berichtet.

Aber auch anderwärts ist es nicht besser. So haben wirte, eingearbeitete Auftrager im Emaillewerk zu Thale a. S. bei intensiver Arbeit bei 10 Stunden Arbeitzeit im vergangenen Jahre in Afferd pro Tag 2 Mk. und darunter verdient. Außerdem wird dort für Auszubildende noch 8–10 Prozent vom verdienten Lohn abgezogen. Ganz gleich, ob die Arbeiter den Auszubildenden verschuldet haben oder nicht. Auch in gesundheitlicher Beziehung ist der Emaillearbeiter recht schlecht gestellt. Durch das Einatmen von Emaillestaub, die Hitze und Zugluft an den Brennöfen, giftige Gase an den Glühöfen und an der Weize wird der Gesundheitszustand der Emaillearbeiter sehr beeinträchtigt. Besonders in der Weize, wo nur weibliche Arbeiter beschäftigt werden, haben dieselben durch die Einwirkungen der Säuren sehr zu leiden. Es gibt dort Arbeiterinnen, denen die Fingerknägel und Spalten ganzlich fehlen. Auf die in der Weize beschäftigten schwangeren Personen übt die Weize einen unheilvollen Einfluß aus. Auch die Ventilation läuft oft viel zu wünschen übrig. Besonders dort, wo Gasöfen sind und die Fensterläden zu dicht an die Fenster angelegt sind, ist hauptsächlich im Sommer die Arbeit an den Glühöfen infolge der Hitze und Staublast fast ur-

erträglich. Anteiderkäme sind vielfach sehr ungünstig. Besonders dort, wo Personen beliebig Geschlechts zusammenarbeiten. Oft müssen Frauen und Mädchen sich zwischen den Tischen regalen umziehen, wo sie den Bildern der 14–16-jährigen Busen ausgesetzt sind. Das dieses große städtische Gewahren sich birgt, versteht sich von selbst. Die Arbeitszeit beträgt, mit Ausnahme der Oesen, wo Wechselschichten und vereinzelt auch 8 Stunden gearbeitet wird, in den meisten Fällen 10 Stunden. Es wird aber vielfach auch überarbeitet.

Wenn bis heute für die Verbesserung der Emaillearbeiter nicht viel geschehen ist und geschehen tonne, so liegt das in erster Linie daran, daß die meisten den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Die Interesslosigkeit hat hier traurige Folgen nach sich gezogen. Dabei ist zu bemerken, daß ein großer Teil der Emaillearbeiter die Arbeit nur vorübergehend machen, meistens, um sich über Winter ein Unterkommen zu verschaffen. Man findet dort fast alle Handwerksberufe vertreten. Es ist aus dem Grunde erklärlich, daß der Emaillearbeiter auszusagen zu den ungelehrten Berufen gehört und nicht viel Vorbildung dazu gehört, sowohl als Auftrager wie auch Osenarbeiter. Auch soll bei dieser Gelegenheit der trügerischen Ansicht entgegentreten werden, daß die Emaillebranche nicht zur Metallindustrie gehört und aus diesem Grunde verschlechterlich andere Verbände dort zu agitieren suchen. Wo solches geschieht, muß dagegen entschieden Front gemacht werden.

Was hat nun zu geschehen und wie ist am besten dafür zu sorgen, um in diesem Berufe bei einer hoffentlich in nächster Zukunft zu erwartenen günstigeren Geschäftslage die Lohn- und Arbeitverhältnisse zu verbessern? Vor allen Dingen muß in allen Orten, wo Emaillearbeiter sind, mit der Agitation tatkräftig eingezehrt werden. Nur dann läßt sich etwas erreichen, wenn die betreffenden Kollegen sich organisiert und gewillt sind, die notwendigen Opfer zu bringen.

Dann wäre noch zu erwägen, ob es nicht der Sache der Emaillearbeiter förderlich wäre, analog der im vergangenen Jahre abgehaltenen Konferenz der Hütt- und Maschinenarbeiter, für die unser Verband als erster auf den Plan getreten ist, und trotz aller Anstrengungen von gegnerischer Seite sich große Verdienste erworben hat, eine solche auch für die Emaillebranche und verwandte Berufe einzuberufen. Dazu ist aber notwendig, daß an allen Orten der Emailleindustrie, so in Altenberg, Ahlen, Fulda, Elbing, Thale usw. die Kollegen das notwendige Material jammeln. Je eher, desto besser, damit vielleicht im kommenden Frühjahr eine Konferenz vorbereitet werden kann. Darum mit frischem Mut an die Arbeit.

J. B.

### Gewerkschaftliches.

#### Arbeitskammern und Verbandsbeamte.

In einer Abhandlung „Zur Frage der Errichtung von Arbeitskammern“ (Vortrage der Münchener R. N., Nr. 28 und 29) bezeichnete Gerichtsrat Dr. Brenner, der in Einigungsverhandlungen sehr erfolgreiche Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes in München, den Ausschluß der Verbandsbeamten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände als den schwarzesten Fehler der ganzen Gesetzesvorlage. Die Bewältigung des enormen schwierigen Stoffes der sozialpolitischen Gesetzgebung erfordert, wie Brenner ausführt, eine ganze Berufssarbeit, ja, förmliches Spezialstudium. Wie sollen die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die nötige Zeit und die entsprechenden Grundlagen finden, um die ganze Materie sachgemäß zu erfassen und nach außen hin vor allem gegenüber der Gegenseite zu vertreten? Brenner weist auf die zahllosen Einzelfragen bei Wohnbewegungen und Tarifabschlüssen hin. Infolgedessen haben fast alle größeren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Syndikat, Geschäftsführer, Arbeiterselbsträte, als Spezialisten im Hauptberuf angestellt.

„Die Vorsitzenden wohl aller Gewerberäte“, fährt nun Brenner fort, „werden aus ihrer Brüder als Regel betätigten können, daß die genannten beruflichen Vertreter der Verbände die Verhandlungen nicht erschweren und nicht verschärfen, im Gegenteil gemäß ihrer allgemeinen Bildung und des dadurch gewonnenen erhöhten Blicks über die einzelnen Arbeiterkategorien hinaus beim Vorliegen objektiver Gründe am ersten die Bereitwilligkeit und auch den Mut haben, auf die von ihnen vertretenen Kreise beruhigend und aufklärend einzutreten. Es ist charakteristisch, daß gerade berufliche beamtete Vertreter auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite von ihren eigenen Deutungen wiederholt mit dem — ich sage — Christen „Brenner“ benannt werden. Das sagt mehr als alle oberflächlichen Nebensachen über die sozialen Agitationen, heutz u. ergl. Ich muß auf Grund meiner Erfahrungen den Satz aufstellen: Hast die gesamten ohne Kampf abgeschlossenen Tarifverträge gekannt, so sind hauptsächlich das Wert der konnten Führung der beamteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter. Und nunmehr sollen diese Persönlichkeiten von einer gesetzlichen Dienstesinstitution prinzipiell ausgeschlossen werden.“

Brenner bemängelt diesen Ausschluß nicht nur aus praktischen Gründen, sondern auch aus theoretischen Gründen. In die Landesarbeitskammern, Handwerkskammern und Gewerbeausschüsse, die ausgewählte Beamte der Berufsvereinigungen wenigstens bis zu einem bestimmten Prozentsatz gewählt werden.

nach auf gewisse Kreise kann nach Brenners Urteil nur die zweitmaßige Maßregel veranlaßt haben. „Wir haben, bemerkt dazu die „Soziale Praxis“, der wir diese Notiz entnehmen, den grundsätzlichen Abschluß der Berufsvereinsbeamten von jener als einen Fehler angesehen.“

Zwischen hat die Reichstagskommission zu dieser Frage folgenden Beschuß gefaßt:

„Wahlbar sind auch solche Personen, welche denjenigen Gewerbezweigen, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, wenigstens drei Jahre hindurch als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört haben, und in den Beiräten, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, wohnen, sofern die Voraussetzungen hier differieren und § 25, 1 gegeben sind. Die Anzahl, in der solche Personen in die Arbeitskammern gewählt werden, darf je ein Viertel der Vertreter der Arbeitgeber oder der Vertreter der Arbeitnehmer nicht überschreiten.“

### Die Süddeutschen Metallwerke

in Walldorf (Baden) berichteten. Dem „Arbeiter“ gingen, der den Brief mit dem Angebot von 4 bis 5 Mark Wochenlohn auch veröffentlicht hatte, in von der Firma — natürlich — „auf Grund des Preßgesetzes“ eine längere Busehrift zugegangen, aus deren sachlichem Inhalt der „Arbeiter“, ohne hierzu preßgesetzlich verpflichtet zu sein, folgendes entnimmt: „In dem angeführten Brief, mit der Schreibmaschine geschrieben und von seinem Geschäftsführer unterzeichnet, ist infolge eines Fehlers bei Aufnahme des Stenogramms irrtümlich statt einer Verdienstmöglichkeit von 4—5 Mark pro Tag eine solche pro Woche zum Ausdruck gekommen. Wir sind in der Lage, nachzuweisen, daß gleichartige Briefe auf Anfragen hin abgesandt wurden, in denen deutlich gezeigt ist, daß die Verdienstmöglichkeit pro Tag 4—5 M. beträgt.“

„Wir können, bemerkt der „Arbeiter“ ganz richtig dazu, natürlich ebensowenig, wie die Südd. Metallwerke für die Bodenprüfung der verheerten Schreibmaschine zu Walldorf, Amt Wiesloch. Und sicherlich ist auch die Frage nach der Zugänglichkeit zu rücksichtlichen Organisation, die die Busehrift nicht erwähnt, nur „infolge eines Fehlers“, allerdinge in der Aussage über Arbeitertrechte, enthalten. Wir möchten daher den „Süddeutschen Metallwerken“ die Anschaffung einer neuen Schreibmaschine, auf die man sich in allen Fällen verlassen kann, dringend empfehlen.“ Indem wir von dieser Richtigstellung Notiz nehmen, können wir uns der letzten Empfehlung nur anschließen. Bei einer neuen Schreibmaschine wird dann auch vielleicht die neuergte und höchst überflüssige Frage nach der Organisationszugehörigkeit aus den Offerten der Firma verschwinden.

### Unnötige Hirsch-Dunkersche Aufregung.

Als Illustration des H.-D. Neutralitätsschwundes brachten wir in Nr. 9 eine uns von anderer Seite zugegangene Notiz, wonin folgendes Zitat aus der H.-D. „Westdeutschen Post“ angeführt war:

„Die Schlappe, die die siegerländischen Gewerbevereine dem Herrn Mumml und seinem Unhäng im Interesse der Gewerbevereine ganz Deutschlands beigebracht haben, hätten wir mit gewerbevereinlicher Neutralität ihm nicht zufügen können.“

Mehrere Blätter, so auch die „Westdeutsche Arbeiter“ hatten das Zitat schon früher gebracht. An die Adresse der letzteren richtet das H.-D. Zentralorgan „Der Gewerbeverein“ Nr. 18 nun eine giftgeschwollene Notiz, wonin der Vorwurf der Breitseite und Verfälschung des Zitts erhoben wird. In der ersten Zeile muß es statt Gewerbevereine Gewerbereiner und der verheerten Seite statt Neutralität „über neutralität“ heißen. Wir nehmen von diesem Unterschied — wenn überhaupt von einem folgen geredet werden kann — hiermit Notiz, sind aber der Ansicht, daß die H.-D. Wut über diese angebliche „dreierte Fälschung“ wenig logisch und sehr unangemessen ist. Das H.-D. Blatt faucht also:

„Durch die Streichung von vier Buchstaben hat das Blatt also den Sinn der Worte in ihr Gegenteil verkehrt. Sonst hätte es ja auch keine Handhabe, auf uns zu schimpfen. Wir nagen hiermit den Fälscher öffentlich fest.“

Nur ein ganz konfusuer Mensch wird behaupten können, daß durch das Fehlen der paar Buchstaben der Sinn der Worte in ihr Gegenteil verkehrt werden könnte. Nein, der Sinn bleibt ganz derselbe, ob es nun Neutralität oder überneutralität heißt. Die Aufregung und Wut des H.-D. Artikelschreibers scheint auch sehr läunisch gemacht zu sein. Wer den betroffenen Artikel in der „West. Post“ nur oberflächlich durchliest, muß zu dem Ergebnis gelangen, daß die H.-D. durch ihren Neutralitätsschwund wieder einmal selbst durch die Praxis treffend widerlegt haben. Daraus kann auch diese unnötige Aufregung nichts ändern,

### Gerichtliche Terrorismusschranken.

Stuttgarter Tageblätter berichten aus Stuttgart folgendes: Bei einem Schneidermeister in Stuttgart trat ein Geselle ein, der Mitglied einer

gehörten der freien Gewerkschaft an. Diese suchten nun den neuen Gesellen zu bewegen, aus seinem Verband auszutreten, und sich der freien Gewerkschaft anzuschließen, und als der Geselle das ablehnte, erklärten die andern fünf dem Meister, daß sie nicht mehr weiter arbeiten würden, wenn der „Christliche“ im Geschäft bliebe; entweder müsse dieser entlassen werden, oder sie, die „freien“, würden austreten. Der Meister entließ darauf den neuen Gesellen, der dann einige Tage arbeitslos war.

Das Schöffengericht sprach vier der wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Angeklagten frei und verurteilte nur den Gesellen, der den „Christlichen“ am meisten bekräftigt hatte, zu 3 Tagen Gefängnis. Gegen das Urteil legten die Staatsanwältin und der Verurteilte Berufung ein; die Strafkammer verwarf die des letzteren, stellte ein gemeinschaftliches Handeln aller 5 Angeklagten fest und verurteilte den ersten Gesellen zu 1 Woche und die anderen 4 zu je 3 Tagen Gefängnis; darin, daß die Angeklagten dem Meister gemeinschaftlich erklärt haben, daß sie die Arbeit nieberlegen würden, wenn der neue Geselle nicht entlassen werde, sei für diesen letzteren eine Erholung mit einem Lebel zu erblicken und alle 5 Angeklagten seien bermahnt zu verurteilen.“

Die durch sozialdemokratischen Terrorismus brotlos gemachten Arbeiter sollten jedesmal die Gerichte in Anspruch nehmen, um die Terroristen der wohlverdienten Strafe zu überliefern und andern ähnlich veranlagten Genossen eine Warnungstafel aufzurichten. Die wahren Schulden, die „Erzieher“ der sozialdemokratischen Anhänger sind leider nicht zu fassen; da bleibt dann nichts anderes übrig, als die verheerten Erziehungsobjekte selbst für ihr Tun verantwortlich zu machen.

### Eine hältlose Verleumdung.

In der sozialdemokratischen Presse werden fortlaufend die gewagtesten Verleumdungen gegen christliche Gewerkschaftsführer verbreitet; wenn die Utreiber dann aber den Beweis erbringen müssen, so sind sie jeweils schwer im Druck. So war's auch im folgenden Fall. Einige Tage nach dem jährlichen Gründungsgeschäft auf Zeche „Raddbod“ bei Hamm i. W. wollte der sozialdemokratische Bergarbeiterverband im benachbarten Bochum eine öffentliche Versammlung abhalten, um das Unglück für seine Zwecke auszuschlagen. Kurz vor der angelegten Zeit wurde vom Wirt die Hergabe des Lokals verweigert. In der sozialdemokratischen Presse (Bergarbeiterzeitung ic.) wurde dem Bezirksleiter des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter, Kollege B. Leibigge, diese Saalabtreiberei in die Schule geschoben und zwar in mehreren Nummern der Bergarbeiterzeitung. Eine der sozialdemokratischen Presse zugehandte Berichtigung wurde in verstümpler Weise wiedergegeben.

Darauf verklagte Leibigge den Redakteur Th. Wagner der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung. Am 2. März 1909 fand die Verhandlung der Klage statt. Wagner konnte als Beweis für seine frivolen Behauptungen nichts vorbringen. Er wurde zu 50 Mark Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Außerdem wird das Urteil auf Kosten des Großen Wagner im Westfälischen Volksfreund, im Bergknappen und in der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung veröffentlicht. Hieraus geht zum so und sovielsten Male hervor, was von sozialdemokratischen Behauptungen zu halten ist.

### S 153 der G.-O. gegen Unternehmer.

Vorher hat die deutsche Rechtsprechung den befrüchteten § 153 der G.-O. nur als Ausnahmeparagraphen gegen Arbeiter angewandt, während die Unternehmer bei den offensichtlichsten Übertretungen strafflos blieben. Jetzt ist der seltene Fall aber eingetreten, ein Unternehmer ist wegen Vergehens gegen den § 153 der G.-O. zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Vor einigen Jahren fand ja schon einmal ein gleicher Prozeß gegen einige Unternehmer in Konstanz statt, die mit einem Tag Gefängnis davonkamen, dann aber auch noch u. Z. begnadigt wurden. Jetzt hat sich der Vorgang in Berlin wiederholt, obwohl es schwere Mühe kostet hat, die Erhebung der Anklage überhaupt durchzuführen. Die Verurteilung dazu war ein Väterstreit im vorigen Jahre. Eine Reihe Unternehmer hatten die gestellten Forderungen bewilligt. Gegen diese richtete sich nun der ganze Hass der beiden Bückerinnungen. Sie verhängten über die Unternehmer, welche bewilligt hatten, die Heßsperrre, obwohl das Heßsyndikat sich dazu nicht herbeilassen wollte, auch seitdem sie eigenmächtig den Namen des Vorsitzenden des genannten Syndikats unter einen Beschuß. In einem Flugblatt beschimpften sie die bewilligenden Meister und Gewerkschaftsführer als Verräter, Ehrentrotzbrecher, charakterlose Wichte usw.

Angesetzt derentwillen wurden die beiden Anklagenden Schmidt und Milleville. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt lehnten die Klage wegen Drohung und Chrverleugnung ab, erst auf Beschuß des Kammergerichts erzielte die Erziehung der An-

Klage. Nach der vor der fünften Strafkammer in Berlin geführten siebenstündigen Verhandlung verurteilte das Gericht Schmidt zu drei Tagen Gefängnis, Milleville wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte einen Tag Gefängnis beantragt. (Ein milder Staatsanwalt!) In der Urteilsbegründung wandte sich das Gericht entschieden dagegen, es habe sich nur um eine leere Drohung oder um einen wohlgemeinten Rat gehandelt, wie die beklagte Seite es hinzustellen versuchte. Es wäre zu wünschen, daß derartige Verurteilungen recht oft erfolgen mögen. In Wirklichkeit hat der § 153 seither ja nur für Arbeiter bestanden. Je mehr die Arbeitgeber mit ihm in Beziehung kommen, desto eher fällt er, weil dazu er schon lange gewesen.

### Befinnimachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 14. März 1909 der elfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 21. März fällig.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstraße 19 zu adressieren

### Aus dem Verbandsgebiet.

**M.-Burbach.** Die diesjährige Generalversammlung unserer Zahlstelle war ziemlich gut besucht. Der Jahresbericht wurde vom Kollegen Bäder erstattet. Folgendes sei daraus hervorgehoben: Das Jahr 1908 stand im Zeichen der wirtschaftlichen Krise, die dem Arbeiter schwere Schädigungen zugefügt hat. Wenn auch in den Saarstädten die Arbeitslosigkeit nicht den Umfang angenommen hat, wie in anderen Städten, so haben es doch die Arbeitgeber verstanden, sich an den Arbeitern durch Lohnkürzung und Feierschichten schadlos zu halten, vor allem die Burbacher Hütte. Die genannte Hütte konnte im verflossenen Jahre 30 Prozent Dividende ausbezahlen, sie hätte 50 Prozent wie im Jahre 1907 auszahlen können, wenn nicht 2,13 Mill. auf Abschreibungen und 1 Mill. zum Vorsichtsbuch geschrieben worden wären. Doch erhalten die Arbeiter einen Lohnabzug bis zu 10 Prozent, gleich 435 000 M., ohne den Lohnausfall durch Feierschichten. Eingerichtete schäzen bei Lohnausfall durch die Krise im Jahre 1908 bei 25- bis 30 000 saarabischen Hüttenarbeiter auf 3 bis 4 Mill. Mark. Die Arbeitgeber haben im Saarindustriebezirk vor allem die wirtschaftliche Krise ausgenutzt, um den ihnen sehr unbehaglichen christlichen Metallarbeiterverband aus Saarabien zu verdrängen, indem sie „gelbe“ Hüttenvereine gründeten und die Arbeiter zwangen, denselben beizutreten. Schauerliche Bilder führte Redner von der Burbacher Hütte an, wo alle Beamte sich in den Dienst der „Gelben“ gestellt haben. Mit den verfeindlichsten Mitteln haben die Leute versucht, die christlich organisierten Arbeiter zu zwingen, ihr Mitgliedsbuch abzugeben und dem „gelben“ Hüttenverein beizutreten.

Arbeiter, die sich dies nicht gefallen ließen, wurden auf Strafensäuber geworfen oder an schlechte Arbeit gestellt, wo sie einen kläglichen Lohn verdienten. Mit Tränen in den Augen haben Kollegen, welche durch die Hungerperiode gezwungen wurden, ihr Mitgliedsbuch auf der Hütte abzugeben, auf dem Verbandsbüro ihre seelischen Qualen geschildert. Auf diese Art und Weise hat man auf der Burbacher Hütte die Reihen der „Gelben“ gefüllt. Die meisten „gelben“ Hüttenvereinler seien deshalb auch innerlich überzeugte Gewerkschafter, mit dem Herzen voll Unzufriedenheit und Grimm gegen ihre brutalen Arbeitgeber den Tag abwartend, wo sie erlöst werden. Vor all den Angriffsläufen, deren unsere Kollegen ausgeführt waren, ist eine ansehnliche Anzahl dem christlichen Metallarbeiterverband treu geblieben. Mögen die Arbeitgeber Saarabien auch die gefährlichsten Bomben gegen den Verband geschiebt haben, so sind sie doch nicht in der Lage gewesen, denselben zu verdrängen, denn in allen Betrieben sind heute treue Kämpfer unserer guten Sache zu finden. Sollte man es fertig bringen, durch die niederrückende Kampfweise des Saarabischen Hüttenkapitals den christlichen Metallarbeiterverband auf dem einen oder andern Werke vorläufig unmöglich zu machen, dann wird doch der christliche Gewerkschaftsgeist unter der christlich-nationalen Arbeiterschaft fortleben und sich zu gegebener Zeit Lust verschaffen. Wir müssen festhalten an dem Glauben an unsere christliche Gewerkschaftsache, dann werden wir auch aus den heissen Kämpfen siegreich hervorgehen. Mit diesen Worten schloß der Redner den mit Bravour aufgenommenen Jahresbericht.

Aus dem Kassenbericht sei folgendes angeführt: Im Jahre 1908 wurden von der Ortsverwaltung 6851,16 M. Krankenunterstützung, 366,11 M. Arbeitslosenunterstützung, 350,— M. Umzugsunterstützung, 991,10 M. Maßregelungsunterstützung, 20,— M. Reisunterstützung und 50,— M. besondere Notstandshilfsunterstützungen ausgezahlt, zusammen 8628,37 M. Nachdem die Vorstandswahl getätig war, wurde die Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder und den neuen Vorstand, eifrig an den äußeren und inneren Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes mitzuwirken, geschlossen.

**Berlin.** Die Entwicklung der Berliner Ortsgruppe zeigt im Jahre 1908 ein wenig erfreuliches Bild. Allen optimistischen Hoffnungen zum Trotz machten sich die Folgen der Wirtschaftskrise in stetig machsenden Maßnahmen. Unter diesen Verhältnissen litten wir in Berlin umso

vor, als unsere heilige Bewegung der Hauptsoziale auf den Zugang aus der Provinz angestrebt ist. Dieser Zugang wurde im Berichtsjahr nicht nur, es war im Gegenstand ein starker Zugang der ledigen Kollegen zu registrieren. Der Berliner katholische Gesellenverein, der eine erhebliche Anzahl Mitglieder in die christlichen Gewerkschaften stellte, konnte am Schluß des Jahres 1908 nur einen Mitgliederbestand von 449, gegen 571 am Jahresende 1907 vermerken.

Im Berichtsjahr wurde nichts unversucht gelassen, um neue Mitglieder aus den Kreisen der anfänglichen Berliner Arbeiterschaft zu gewinnen. Dies ist um so schwerer, als neben der Ungunst der schon erwähnten Wirtschaftslage die Organisationstreidigkeit unschätzbar aufzutreten scheint, uns hier die Kreise als scharfe Gegner gegenüberstehen, die wir eigentlich als Freunde und Verbündete wissen haben sollten. Wir mettern die Berliner Fachabteilungsbewegung. Wir wenden uns denn, teils wiederholts, an die Berliner Vereine evangelischer Konfession. Von 58 Anstreben, durch welche wir in einem Zugang der Metallarbeiter aus der Mitgliederliste bateten, gingen erstlich acht Antworten ein. Als wir dann mit einem zweiten Schreiben uns nochmals an die übrigen Vereine um Antwort wandten, erhöhte sich die Zahl der Antworten auf 27. Die Reaktionen waren leider teils ablehnend. Soweit sie zugänglich waren, erwiesen sich die überstandenen Abreissaten, die durch Haussagitation alle herkömmlich betrachtet wurden, vielfach außer Stand, die Mitgliedschaft im Verband zu erwerben. Die Mehrzahl der Aufgesuchten waren jugendlich Leute. Trotzdem ist zu hoffen, daß diese jungen Leute dadurch, daß wir mit ihnen in Verbindung traten, später dem Verband beitreten werden.

Durch Verteilung geeigneter Flugblätter an den Metallsäbrikten wurde versucht, den christlich-nationalen Gewerkschaftsgebäuden möglichst weit in die Kreise der Berliner Metallarbeiterenschaft hinzutragen. Auch hier handelt es sich um Arbeiter, deren Erfolg erst die Zukunft bringen kann. Daß man im Laufe des sozialen, metallarbeiterverbandes unsern Arbeiten nicht mit geringer Nervosität zufießt, geht daraus hervor, daß man sich wiederholt beschwichtigend durch den „Vorwärts“ an die Mitglieder wandte.

„Sonst ist das Beamtenheer der sozialen Ortsverwaltung recht kleinlich im Kampf gegen unsere Bewegung. Auf den schon früher erwähnten Beschlüssen, wo nach in keiner vom sozialen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung unserer Beamte das Wort erhalten durften, berief man sich im Laufe des Jahres wiederholt. So am 12. Juni gelegentlich der Rohrlegerbewegung, am 14. Juli gelegentlich einer Werkstattbesprechung der Firma Bosse, am 19. Juli im Gewerkschaftshaus, am 4. August gelegentlich einer Lohnbewegung bei der Firma Hafner u. Co. Ja sogar vor Tätilichkeiten schreckten die Herren nicht zurück. Dies ist sowohl im Gewerkschaftshaus als auch gelegentlich einer Werkstattversammlung bei der Firma Bergfeld passiert.

Was an Silgen und Verbächtigungen der christlichen Gewerkschaften in Werkstattversammlungen hinter verschlossenen Türen geschieht wird, spottet jeder Beschreibung. Die ostpreußischen Unternehmer, die in puncto Verdächtigung der gesamten Arbeiterbewegung gewiß öffentlich zu diesem fähig sind, sind keine Waisenkabinen gegen das, was im roten Lager diesbezüglich gegen die christlichen Gewerkschaften unter Auschluss der Oeffentlichkeit geboten wird. Um mehreren Beweisen nachzugehen war der Verband im Berichtsjahr beteiligt. Die wichtigste davon ist die der Berliner Rohrleger, worüber wir schon früher berichtet haben. Trotz aller Hindernisse ist es uns gelungen, offiziell an dem zuständig bezeichneten Tarif mitbeteiligt zu sein.

Bemerkenswert blieb eine Beobachtung sein, die wir zu machen Gelegenheit hatten. Nicht wenige Unternehmer nahmen unseren Arbeitsnachweis in Anspruch, wohin in der Absicht, von uns Arbeiter zu erhalten, die gegen billigen Lohn arbeiteten. Wurden wir dann vorstellig, die Zahlung des tarifmäßigen Lohnes, oder, falls es nötig war, gar die Anerkennung des für die Branche bestehenden Tariffs fordern, dann war es mit der Zuneigung zum christlichen Verband fast regelmäßig hin. — Der Arbeitsnachweis resp. dessen Funktion litt auch sehr unter der wirtschaftlichen Depression. Trotzdem sind die dafür gemachten Aufwendungen nicht umsonst gewesen.

Der Beitrag wurde im Berichtsjahr von 60 auf 70 Pf. erhöht. Eine Anzahl der Kollegen zahlten den Wochenbeitrag von einer Mark. Etwa Schwierigkeit, den Beitrag auf 70 Pf. zu bringen, machten die Kollegen von Ober-Schönebeck. Das innere Vereinsleben war ein sehr reges. 122 Versammlungen und Sitzungen wurden abgehalten. In jeder Versammlung wurde ein Referat von einem Kollegen, i. e. auch von eigens zu diesem Zwecke gewonnenen Persönlichkeit gehalten. Das Mitgliederziffern konnte sich nicht ganz auf der erreichten Höhe halten. Sie sank von 333 am Schluß 07 auf 310 am Schluß 08. 12 498 Marken wurden verkauft, wofür eine Einnahme von 9688,75 M. erzielt wurde. Für Unterstützungswecke wurden 3433,25 M. verbraucht. 3128,71 M. gingen an die Zentrale. Nach Erledigung sämtlicher Verpflichtungen verblieb der Lokalkasse ein Bestand von 1330,64 M. Der Durchschnittsbeitrag stieg von 9,7 im ersten Quartal 08 auf 11,5 im letzten Quartal.

Sie möchten an dieser Stelle wiederholen, was wir schon so oft ausgesprochen und den Berliner Kollegen auch häufig durch Rundschreiben nahegelegt haben, daß die Berliner Gruppe vor der Hand nur vorwärts zu bringen ist, wenn jedes Mitglied in Freunds- und Bekanntschaften verbunden für den Verband in Tätigkeit tritt. So röhnen den agitatorischen Eifer und Fleiß einer Anzahl von Kollegen vorgetrieben zu werden verhindert, so ist doch nicht zu übersehen, daß die übergroße Mehrzahl sich einer Laune hingibt, die nirgendwo unangebrachte ist, als gerade hier in Berlin. Hoffentlich wird in der Versammlung am 13. März der Beweis erbracht werden, daß die Kollegen im neuen Jahr ehriger mitzuarbeiten gewillt sind.

Innenhalb der Berliner Verwaltung wurde nach einem Referat des Kollegen Stransfeld eine gründliche Neorganisationsvorgenommen. Die Hauptgeschäftsleitung ist nach dem Büro zusammengezogen worden. Um Zeit für ungestörte Erledigung der Verbandsgeschäfte zu gewinnen, lädt die Sprechstunden vormittags von 8—10, und nachmittags von 3—4 Uhr feststellt. Die Kollegen wollen dies

streng beachten und sich im weiteren telefonisch oder schriftlich mit dem Büro in Verbindung setzen.

**Schw.-Gmünd.** Unsere diesjährige Generalversammlung hatte nur einen mäßigen Besuch aufzuweisen. Es ist dies eine wenig erfreuliche Entwicklung, wenn Kollegen, die den Anspruch auf die Bezeichnung Gewerkschaftler machen, es vorziehen, lieber Verzerrungen und sonstigem Altbild nachzugehen, anstatt die Generalversammlung zu besuchen. Der Vorsthende gab bei der Eröffnung der Erwartung Ausdruck, daß es im neuen Jahre mit Bezug auf den Versammlungsbefehl besser werde. Zum Geschäftsführer ist Herr Dr. Gerdau gewählt. Folgende Aussage aus: Das verlassene Jahr brachte unserer Hauptindustrie einen außerordentlich schlechten Geschäftsgang. Ausgehend von den Ursachen der derzeitigen Krise zeigte er in kurzen Ausführungen deren Umfang und Schärfe, wie dies insbesondere der ziemlich bedeutende Rückgang der Exporte der Edelmetallindustrie zum Ausdruck kommt. Es erklärte, daß diese Ursachen auch ihre Wirkungen einerseits auf das Verhältnis der Arbeitgeber zum Arbeitnehmer, und andererseits auch auf die heilige Arbeiterschaft und nicht zuletzt auch auf die Organisation ausüben. Manche Arbeitgeber glaubten jetzt, auf das Neuerungsgebot Arbeit zu suchen, den Zeitpunkt für bekommen, die ohnehin nicht hohen Löhne herabzusetzen. Doch, wie die Organisationsverhältnisse gute waren, gelang dieses nicht. Letzter ist dies aber nicht in allen Betrieben der Fall. In diesen Betrieben mußten sich die Arbeiter, ohne sich dagegen wehren zu können, schuldig gefallen lassen. In solchen Zeiten müßte es eigentlich den Arbeiter mit Gewalt in die Organisation treiben.

Dieser schlechte Geschäftsgang brachte es naturgemäß auch mit sich, daß einerseits die Zahl der Arbeitslosen ganz gewaltig stieg, andererseits wurde auch in fast allen Geschäften 1, 2 und 3 Tage in der Woche ausgesetzt. In einigen Geschäften mussten sogar die Kollegen 14 Tage bis drei Wochen ständig aussetzen. Diese extreme Arbeitslosigkeit brachte es auch mit sich, daß in der Vorwärtsbewegung der Mitgliederzahlen ein Stillstand und in einzelnen Sektionen, vor allem in Nienning und Bismarck ein Rückschritt zu verzeichnen ist. In letzteren Orten sind einige Kollegen auch infolge der Beitrags erhöhung, die am 1. August in der Ortsverwaltung durchgeführt wurde, ausgetreten. Mehrere dieser Kollegen sehen aber jetzt ein, daß sie damit eine Dummheit begangen haben. Hauptsächlich finden sie auch bald den Anschluß an den Verband wieder.

Die Agitation war eine äußerst rege. Versammlungen wurden abgehalten: Oeffentliche 15, Mitgliederversammlungen 20, Vertrauensmännerversammlungen 12, Betriebsversammlungen 8, Verwaltungssitzungen 15. Nicht berücksichtigt bei dieser Auflistung bleiben die zahlreichen Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen, an denen der Geschäftsführer im Auftrage der Zentrale und der Bezirksleitung teilnahm. Haussagitationen wurden am Orte und in den Sektionen im Berichtsjahr 5 abgehalten. Jedoch entsprach der Erfolg nicht immer den gehegten Erwartungen.

Die Polemik mit den Gegnern am Orte war teilweise eine sehr heftige, so daß wir verschiedentlich genötigt waren, sowohl das Verbandsorgan, als auch die Tagespresse zur Abwehr in Anmarsch zu nehmen. Zu beklagen ist, daß die Tagespresse am Orte uns ihre Spalten im Kampfe mit den Gegnern verschließt. Jedoch gab der Geschäftsführer bekannt, daß in allernächstster Zeit hier eine Wendung eintreten müsse. An den erforderlichen Schritten seinerseits würde es nicht fehlen.

Der Kassenbericht ergab an Einnahmen für die Hauptkasse 26 348,65 M., für die Lokalkasse 9594,55 M. Hierzu war trotzdem noch ein Zuschuß von der Zentrale von 400 M. notwendig, da die Ausgaben die Einnahmen überstiegen hatten. Insgesamt betrug die Einnahme 36 343,20 M. An Unterschriften und 7717,86 M. bei Praktizität. Sonstige Unterstützungen 215,50 M. An Lokalkassenfonds sind noch 1728 M. vorhanden. Das Gesamtergebnis ergibt ein sehr ungünstiges Bild über das Kassengebaure unserer Ortsgruppe, wozu natürlich die starke Arbeitslosigkeit beitrug.

Auch die Mörger werden jetzt einsehen, daß Ihre Ansichtung falsch ist, daß alles Geld nur nach den „Preußen“ geschickt wird. Trotzdem keine Sirene geführt wurden, haben unsere Einnahmen die Ausgaben nichtdeckt, sondern war noch Zuschuß notwendig. Hinzu kommt aber, daß außerdem noch die Zentrale das Organ, Agitationskosten, Verwaltungskosten u. a. zu unsre Gruppe auch ein Teil hätte beisteuern müssen, allein tragen müßte. Dies alles muß die Kollegen und Kolleginnen anstrengen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um in diesem Jahre die Scharte wieder auszuwegeln. Vor allem die Beiträge plötzlich zahlten und sich reger an der Gewerkschaftarbeit beteiligen. Der Verband darf zuletzt doch nicht als ein bloßer Unterrichtsstütze sein, er ist ein aufgefaßt werden. Nur beweist das Bild der Kassenverhältnisse schlagend, daß die Beitrags erhöhung unabdingt notwendig war, soll der Verband seinen Verpflichtungen mit Bezug auf das Unterstützungs wesen und seiner Hauptaufgabe: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nachkommen. Wenn schon in „Friedenszeiten“ die Einnahmen nicht ausreichen, was soll da werden, wenn größere Kämpfe geführt werden müssen. Mit dem Appell an die Opferwilligkeit der Kollegen und Kolleginnen schließt der Geschäftsführer seinen Jahresbericht.

Der Punkt: Neuwahlen des Vorstandes ergab in der bisherigen Zusammensetzung der Zentralverwaltung keine wesentliche Veränderung. — Sodann wurden neben der Erledigung einiger interner geschäftlicher Angelegenheiten die Bürostellen der Geschäftsstelle neu geregt. Dieselben sind jetzt festgesetzt vormittags von 11—1 Uhr und nachmittags von 1/2—1/2 Uhr. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch ausgesprochen, es möglichen sich die Kollegen im Verkehr mit der Geschäftsstelle auf diese Stunden beschränken; im Interesse einer geregelten Entwicklung der erledigenden Geschäfte sei dies dringend geboten. Ferner wies Kollege Gerdau darauf hin, daß die Meldepflichten in Krankheits- und Arbeitslosenfällen pünktlicher erfolgen müßten. Es kommt immer noch vor, daß Kollegen nachdem sie zuerst gesund sind, sich erneut bemüht fühlen, zu melden, daß sie ja und so lange Krank gesiezt haben. Dadurch ergeben sich immer die größten Schwierigkeiten.

Wenn man Unterstützung beansprucht, muß man sich anderseits auch den natürlichen Vorrechten folgen. Bei richtigem und gewissenhafter Auslegung und Einhaltung des Statuts können sich da gar keine Unzertüchtigungen ergeben. Solche Kollegen haben eben durch eigene Schuld den Anspruch auf Unterstützung verloren. Die in der Generalversammlung festgesetzten Verbandsregelungen sind doch nicht dafür da, um ignoriert und vergessen zu werden. In Schw.-Gmünd schenken diese Grundbegriffe ancheinend bedeutsame Bedeutung zu sein. In den Krankenfassen — sowohl Pflicht- wie freiwilligen Hilfsfassen — findet es jeder gern selbstverständlich, Ordnung zu halten und jede Regelung plausibel zu machen; nur in unserem Verband glaubt man sich die natürlichsätesten Erwartungen erlaubt zu dürfen. Mit solchem Schlendrian darf ganz energisch aufgeruht werden. Das gilt aber nicht allein für Schw.-Gmünd, sondern auch für manch andere Gruppe und alle, die es angeht. Reaktion.

Heute besteht in Augenblicksfrage die Notwendigkeit neugeschaffenen 90 Pf.-Klasse. Betriebsleiterweise seien schon eine Anzahl Kollegen in diese Klasse übergetreten. Es sei zu erwarten, daß noch viele Kollegen diesem Beispiel folgen.

In seinem Schlusswort dankte der Vorsthende den Betriebsleuten sowie all denen, die sich um das Interesse des Verbandes am Ort verdient gemacht haben, bei Dank ob. Mit dem Appell an die Kollegen, auch im neuen Jahre unermüdlich an dem Wiederstand und der Förderung der Organisation aufzutreten, schloß der Vorsthende die anregend verlaufene Generalversammlung.

**Dortmund.** Eine sehr gatte Besuch wie das am 21. Februar stattgefunden Generalversammlung auf. Kollege Krell erstattete den Jahresbericht. Erhöhung des Beitrags von 60 auf 70 Pf. und der am Ende des Jahres vier sehr stark einsehenden Krisis war es gelungen, auch in diesem Jahr die Einnahmen zu steigern. Diese betrug am 1. Januar des Jahres 498 und stieg bis 1. Februar d. J. auf 802 Mitglieder, somit war eine Steigerung von 104 aufzuweisen. Neu gegründet wurden die Sektionen West und Lüdinghausen.

Die Versammlung ist eine überaus rege. Wurden doch im ganzen 522 Versammlungen und Sitzungen abgehalten. Dieselben verteilen sich auf: 12 öffentliche, 134 Mitglied- und 138 Betriebs- und Betriebsversammlungen, 35 Vorstands- und Vertrauensmitgliederversammlungen sowie 8 Unterrichtsstütze. Diese umfangreiche Versammlungstätigkeit, wozu noch eine größere Anzahl Betriebs- und Kommissionsversammlungen kommen, läßt die Arbeitsleistung erkennen, wie sie von den in Betrieb stehenden Kollegen vollbracht wurde. In den meisten der Mitgliederversammlungen wurden Beiträge gehalten, teils vom Geschäftsführer, teils von den in Betrieb stehenden Kollegen selbst. Nebenreiche Kräfte weist die Zentralverwaltung Dortmund eine größere Anzahl auf. In manchen Sektionen dürfte allerdings hier noch eine Besserung eintreten und die Kollegen sich zur stärkeren Verstärkung aufstellen.

Dem Verband gelang es auch in diesem Jahr, seine Mitglieder erhebliche Vorteile zu erlangen. Besonders waren es eine Anzahl Abwehrbewegungen, in die die Zentralverwaltung verwickelt wurde. In Lünen wurde sogar zur Rundgebung geschritten werden, um einen Zugang abzuwehren. Am letzten Tage vor Ablauf der Rundgebung wurde von Seiten der Firma die Fortsetzung der Kollegen, den Widerstand einzutragen, angekündigt. Die dortigen Kollegen haben dort durch ihr ehrliches Zusammenhalten einen achtungsvollen dichten Erfolg errungen. Sie haben aber auch einen indirekten Erfolg zu verzeichnen, indem durch ihr Vorgehen die anderen Firmen von Lünen und Wethmar im Gegensatz zu früher davon abgehalten wurden, den gleichen Versuch vorzunehmen. Somit haben die gesamten Metallarbeiter von Lünen und Wethmar einen Anteil am Erfolg des Verbandes gehabt.

Letzter finden sich immer noch Arbeiter, welche bloß Vorteile des Verbandes genießen, niemals aber zu diesen Erfolgen beitragen wollen. Diesen auch Kollegen mehr auf die Finger zu sehen, wird Aufgabe der dortigen Kollegen sein. — In Lüdinghausen wurden wir in einen Obmannstreich verwickelt, indem von der dortigen Baubeschlagsfabrik sämtlichen Kollegen gefeuigt wurde, welche dem christlichen Metallarbeiterverband angehörten und nicht ihren Auftritt erklärt. Durch die Streikreihen, welche von der Firma dem Unternehmer geleistet wurden, gelang es nicht, die Wiedereinstellung der Kollegen zu erreichen. Jedoch war es selbst den vereinten Kräften des Unternehmers in Verbindung mit der Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht möglich, unsere Ortsgruppe zu vernichten, im Gegenteil, sie steht durch den Kampf gefestigt da denn je. Der sozialdemokratische Verband aber hat heute dort seine Rolle ausgespielt, er weist kein einzelnes Mitglied mehr auf. Daher das Sprichwort: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“

Auf der Baroper Maschinenfabrik sollte die Arbeitszeit im Dezember von 10 auf 8 Stunden wegen Arbeitsmangel reduziert werden, doch gelang es, die Firma zu veranlassen, die Anordnung wieder zurückzunehmen. Das weitgehende Entgegenkommen der Direktion sei auch an dieser Stelle herzobehoben. Die Kollegen wurden dadurch vor einem wöchentlichen Verlust von 6 M. bewahrt. Auch hier trifft das für Lünen genügt zu; eine Anzahl Nichtorganisierter nimmt an den Erfolgen der Organisation Anteil, ohne ein Opfer für dieselbe zu bringen. So mit wurden allerorts für die Kollegen Erfolge erzielt. Bei einer größeren Anzahl organisierter Kollegen würden ohne Zweifel die Erfolge noch stärker gewesen; eine Mahnung an die Kollegen, in der Agitation unermüdlich tätig zu sein.

Dem Kassenbericht ist zu entnehmen: Die Gesamteinnahme für die Zentralkasse betrug 11 832,56 M., die Ausgabe 3007,— M., somit an die Zentrale abgeliefert 7825,56 M. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Wiederunterstützung 178,— M., Umgangsunterstützung 75,— M., Arbeitslosenunterstützung 441,25 M., Krankenunterstützung 943,20 M., Sterbehilfeunterstützung 130,— M., Streikunterstützung 262,74 M., Reparationsunterstützung 10,50 M., Zuschuß aus der Lokalkasse 301,50 M., Gesamtsumme 2438,19 M. Die Einnahmen der Zentralkasse betragen 3620,31 M., die Ausgaben in der Ortsstelle 3085,91

Stadt, somit ein Kassenüberschuss von 584,91 M. Kassenbestand am 1. 1. 08 154,18 M., heutiger Überschuss für 1908 584,40 M., Kassenbestand am 1. 1. 09 688,58 M.

Die Arbeitslosenunterstützung ist in anbetracht der Schärfe der Krisis eine geringe. Dieses Resultat wurde erreicht, indem durch den Arbeitsschutz die Mitglieder vor längerer Arbeitslosigkeit bewahrt blieben.

In der Diskussion wurde von den Rechtsformen die Erklärung abgegeben, daß sie die Kasse in sehr guter Ordnung vorgefunden hätten. Dem Geschäftsführer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Von Seiten des Kollegen Witter aus Düsseldorf wurde die Verbesserung der Volkskassenverhältnisse hervorgehoben und ein noch besserer Ausbau des Arbeitsmarktes gewünscht. Ebenfalls wurde von demselben angeregt, dem Dogmatikwesen Aufmerksamkeit zu schenken und für geeignete Unterhilfen zureisende Mitglieder zu sorgen.

Der bisherige Vorstand wurde mit Auseinandersetzung eines Mitgliedes, das eine Wiederwahl nicht mehr annehmen konnte, wieder gewählt. Dessen Tätigkeit wurde vom Vorstand anerkannt hervorgehoben. — Nach Beratung der gezeigten Anträge wurde die Generalversammlung mit einem Urteil auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

**Höhtensleben.** Am 7. Februar fand im Saale des Herrn Hauses der diesjährige Generalversammlung statt. Leider war dieselbe nur schwach besucht. Der Vorstand erstattete den Jahresbericht und war gleichzeitig einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der heimischen Ortsgruppe. Die Arbeit wurde sehr erachtet durch die Interessengüte der heimischen Metallarbeiter. Wir sind zwar nicht zurückgegangen an Mitgliederzahl, aber es steht noch recht viel an gewerkschaftlicher Überzeugung, sonst hätten wir wenigstens Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Aus dem vom Vorstand erstatteten Jahresbericht geht hervor, daß 10 Mitglieder- und 3 Vorstands- und Vertrauensmehrungen abgehalten wurden.

Hierauf wurde vom Kassierer der Kassenbericht erstattet, welcher von der Versammlung für gut befunden und hierauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Einnahme für die Kassakasse 229,70 M., Ausgabe einschließlich der 15 Prozent der Wochenbeiträge für die Volkskasse und 41 M. Erwerbslosenunterstützung 96,19 M. Mithin wurden an die Zentrale gesamt 238,51 M. Einnahme der Kassakasse einschließlich Kassenbestand vom vorigen Jahre 60,18 M., Ausgabe 41,17 M.; es blieb somit ein Kassenbestand von 18,96 M. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten, die eine glatte Erledigung fand.

Kollegen von Höhtensleben! Jetzt müssen wir kräftig hand anlegen und mit dem Vorstand einmütig zusammen arbeiten. Besonders in der Agitation, damit wir unsere Zahl vergrößern. Es ieher einsetzen seine Pflicht, dann werden wir uns auch der Erfolge freuen können. Wir haben nicht nur Rechte zu fordern, sondern auch Pflichten zu erfüllen, unserer Organisation, dem Arbeiterstand und auch der Gemeinschaft gegenüber. Beherzigen wir den kräftigen Spruch:

Ohn' Recht — ein Knecht,  
Ohn' Pflicht — ein Wicht;  
Mit Pflichten und Rechten,  
Ein Mann von den echten.

**Mülhausen i. S.** Am Samstag, den 27. Februar fand die angetändigte Versammlung zur Auflösung über den Staubverwertungsverein statt. Wir hatten uns dazu unsern Kollegen Thelen aus Mannheim kommen lassen. Die Genossen waren mit ihren Herren Vorhölzer und Groß dazu eingeladen. Genosse Groß wollte uns zuvor danken. Er hatte unsern Kollegen Engel eine Einladung zu einer von seiner Seite am selben Abend angegesetzten Versammlung zugehen lassen. Ob absichtlich oder in der Hoffnung, wir nicht wüssten wir nicht, hatte er den Brief an einen Ort abgesetzt, wo der Kollege Engel garnicht wohnt. So passierte es ihm, daß bis Einladung zu unserer Versammlung schon zwei Tage in seinem Besitz war, ehe unser Kollege Engel die gegnerische Einladung bekam. Das versuchten nun die Genossen als ein Kneifen des Kollegen Engel vor der Versammlung der Roten in ihrer Presse auszulegen.

In bombastischen Tonen forderten sie in derselben die Metallgenossen auf, in die christliche Versammlung zu gehen. Was sie schrieben, um zu zeigen, daß sie mehr "Mut" hätten wie die Christlichen. Wir vermuteten sofort dahinter einen der bekannten roten Trick. Die Versammlung selbst sollte uns die Vermutung bestätigen.

Die Genossen kamen mit ihrem Vorhölzer, Groß und die Herren Fischer, Staubverwertungsverein, zur Versammlung der noch nicht eröffneten Versammlung zeigte sich Vorhölzer schon in seiner ganzen, durch seine Weltreisen erzeugten Bildung. Da die Genossen unsern Vorhölzer, Bierkonsumenten, holtierten, hatten wir 10 Pf. Eintrittsgeld festgelegt, für das sich jeder Versammlungsteilnehmer auf Grund einer von uns ausgehändigten Karte ein Glas Bier bestellen konnte. Das nahm Vorhölzer zum Aushilf, folgende Aufforderung an seine Getreuen zu richten: Kollegen, wir seien gar nicht ein, warum wir den Christlichen 10 Pf. schenken sollen, damit die es verhindern. Wir gehen in die "Sonne" und halten eine "christliche Versammlung." Ein allzeitiges "Pünktchen" und Rufe, wie "Feigling, du willst dich drücken!" war die Antwort, die ihm aus der Versammlung entgegenhalte. Die Genossen redeten auf Vorhölzer ein, zu bleiben. Um sich nicht vor diesen zu blamieren, blieb er zunächst.

Die Versammlung begann, und Kollege Fischer gab zur Tagesordnung und Geschäftsordnung bekannt, daß zunächst die beiden Referenten unsererseits, Kollegen Engel und Thelen, und dann unter Bewährung der gleichen Redefreiheit Vorhölzer und Groß das Wort zur Entgegnung haben sollten. Für die beihergehenden Diskussionsteilnehmer sollten 10 Minuten Redezeit gelten.

Das genügte Vorhölzer nicht. Er wollte unbeschränkte Redezeit. Als ihm erklärt wurde, daß er doch genau so lange sprechen könne, wie unsere Referenten, bestreute er, dafür habe er keine Garantie. Er forderte deshalb seine Getreuen auf, mit ihm in die "Sonne" zu gehen, nachdem "Schein" es schon vor der Versammlung so große Schäfte offenbart hatte. Vorhölzer und Genossen traten noch einen kräftigen Schluck zum Abschied aus der von zu Hause mitgebrachten Weinflasche. Dann verließ die größte Mehrzahl der Genossen auch unsere Versammlung.

Diese nahm dann geradezu einen imposanten Verlauf. Dazu haben nicht wenige die sachlichen aber klaren Auseinandersetzungen des Kollegen Thelen (Mannheim), beigetragen. Einige der zurückgebliebenen wankelmüttigen, "freien" Gewerkschafter traten zu uns über. Ebenso schloß sich eine Anzahl Indifferenter unserem Verbande an.

Und in der Genossenversammlung — redete Vorhölzer, nach den Mitteilungen, die uns von zuverlässiger Seite zugegangen, über „Pöbelliche Enzyklopädie und Entlohnung der Arbeiter durch belgische Unternehmer“. Ob das dem Geschwind seiner Buhörer, denen er höchst wütig gejagt haben soll, sie verbündeten in Mühlhausen noch nicht einmal soviel, daß sie sich „Wanzenpulver“ laufen könnten, entsprochen hat, wissen wir nicht. jedenfalls zeigt dieses Vorhölzer in seiner ganzen geistigen „Große“.

Wie unsicher und arm sich diese Führer im Kampfe mit den christlichen Gewerkschaften und ihren Führern schon selbst fühlen, mag noch aus einer gemachten Neuherierung des Volksbeamten Groß, die er nach den uns gemachten Mitteilungen, die von stillen Beobachtern auf dem Heimweg gemacht wurden, hervorgehen. Danach soll Groß gesagt haben: „Es war besser so, daß wir auf der christlichen Versammlung gingen.“ Ja, ja! Auch in Mühlhausen geht es heute nicht mehr an, durch Modeleien, Geschäftssordnungsbedenken oder rohe Beschimpfungen, genauso den Umgangsformen Vorhölzers die christlichen Gewerkschaften aufzuhalten und zu verbüttigen. Dazu sind diese und besonders auch der christliche Metallarbeiterverband innerlich schon viel zu sehr erstärkt. Und das ist gut so. Metallarbeiter altermärkte: Hinzu in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Duisburg.** (Misshandlung auf der Niederrheinischen Hütte.) In letzter Zeit ist das stramme Regiment auf der Niederrheinischen Hütte in unserm Organ wiederholt behandelt worden. Aber der Krieg geht so lange zum Brummen, bis er bricht, und allzu scharf macht schärfig, das hat sich auch an den besten „Arbeiterfreunden“ unter den Beamten der Niederrheinischen Hütte wieder einmal erfüllt. Jetzt sind sie glänzend aufs Blaster geflogen, ebenso rüttigstios, wie sie im Laufe der Zeit so manchen organisierten Arbeiter hinausgeworfen haben.

Da ist zunächst der langjährige „Ober“-Meister Wolf aus der Hornselei, den sein Schicksal ereilt hat. Nun ist auch er gefangen, mit ihm sein Sohn, sein Schreiber und sein Freund, ein Betriebsassistent, der erst kurz vorher unter dem Protektorat Wolfs eingetreten war und im Verein mit Wolf den Betrieb „reformieren“ wollte. Bei dieser törichten Arbeit haben sie sich nun vor die Tore der Niederrheinischen Hütte „reformiert“.

Herr Wolf hat im Laufe der Zeit manchen Arbeiter hinausgeworfen, auch unser Kollege Reyer ist vor Jahren das Opfer der „organisationsfeindlichen“ Wirksamkeit des Herrn Wolf geworden. Jetzt mag er einmal darüber nachdenken, wie es einem Hinausgeworfenen zu Mute ist. Da steht ihm auch keine Brieftischerei mehr, die ihm früher einmal seine Stellung gerettet hat. Jetzt haben die maßgebenden Herren dafür nur das Wort gehabt: Der Mann scheint an Größenwahn zu leiden.

Nach einem unter den Arbeitern umstrittenen Gericht soll es unter den Beamten und Leitern der Niederrheinischen Hütte zwei feindliche Parteien geben. Anscheinend sei Donnersmark mit eiserner Faust dazwischen gefahren, um Auskehr zu halten. Die soll aber noch nicht beendet sein, einige weitere „Arbeiterfreunde“ stehen gerüchteweise auch schon mit einem Bein vor den Hüttentoren. Wie weiter unter den Arbeitern verlautet, soll die kätzische Bewegung wegen der französischen Streitarbeit mit dieser Auskehr in engem Zusammenhang stehen.

Sei dem wie ihm wolle, für die Arbeiter ist die Entwicklung der Zustände auf der Niederrheinischen Hütte äußerst interessant. Die „Künste“ aller Freuden wollen wir untersuchen, aber dem abgesagten „Ober“-Meister Wolf dennoch unser tiefschürfendes Beileid aussprechen. Mögen diese Vorgänge anderen ähnlich veranlagten Betriebsbeamten eine einbringliche Lehre sein, die Arbeiter und ihre Organisationen gerecht zu behandeln. Denn allzu oft erfüllt sich gerade bei diesen Beamten das Sprichwort: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Meister Wolf hat es jetzt auch erfahren müssen. Seine Freunde jammern und heulen jetzt allerdings, denn mit der Hinniwirtschaft dürfte es nun in der Gießerei der Niederrheinischen Hütte endgültig vorbei sein. Die übrigen Arbeiter aber werden dieser zerbrochenen „herrlichkeit“ keine Träne nachtrüben.

**Duisburg - Ruhrort.** Pfui Teufel, anders kann man nicht gut sagen, von der Kampfweise der H.-D.-Post und ihres Ablesers, der „Rhein- und Ruhrpost“, die sie bei ihrer Beschwörerrolle für den berühmt gewordenen Kassennarber und Renegaten Barzen gegen den christlichen Metallarbeiterverband anwendet. In seiner Nr. 10 kommt das H.-D. Blättchen, trotzdem es schon mehr als „Schluß“ gemacht hatte, wieder auf die Angelegenheit zurück und zwingt uns damit zu einer weiteren Kennzeichnung seiner traurigen, verlogenen Kampfweise. In Nr. 9 unseres Organs hatten wir mitgeteilt, daß der H.-D. Schriftsteller und Schriftträger Barzen einen Mitarbeiterbrieflich beim Betriebsingenieur — nicht Direktion, wie die „Westh. Post“ liegt — benutzte und „in gleicher Angelegenheit“ (wie ausdrücklich in unserem Artikel in Nr. 9 steht) auch einen weiteren Brief an den Gewerbeinspektor geschrieben hatte, der aber nicht abgesandt worden war.

Nur versucht das H.-D. Blättchen mit raffinierter Demagogie die Sache dahin umzusäubern, als ob der Nacharbeiter Barzen in seinem Schreiben an den Gewerbeinspektor Missstände im Betrieb zur Kenntnis der Gewerbeaufsicht hätte bringen wollen und nun durch die erwähnte Neuherierung in unserem Organ dafür benutzt worden wäre. Mit scheinheiligem Augenaufschlag faselt das H.-D. Reformblättchen etwas von Broilosmaden und einer ähnlichen Absicht als Motiv bei dieser „unwahren Behauptung“.

Nein, ihr H.-D. Strategen, da habt Ihr wider besseres Wissen eine Anlage gerecht konstruiert, die doch gar zu plump ist, um vom Dummen der Dummen geglaubt zu werden. Der Nacharbeiter Barzen kritisiert seine Missstände im Betrieb, meldet die auch nicht dem Gewerbeaufsicht. Das beweist et als vorzüglicher Mann undern

Leuten; nein, er wollte einen Mitarbeiter anschwärzen, das war das Motiv seines Briles an den Betriebsingenieur wie des Schreibens an den Gewerbeinspektor. Dabei war der benutzte Kollege auch noch besonders eifrig für die damalige freiwillige Sammlung für Barzen tätig getreten. Eine wirklich bankbare, edle Seele, dieser H.-D. Schriftsteller Barzen. Er paßt ganz vorzüglich zu den H.-D. Reformern und wir beweisen sie am allerleichtesten um diesen Ehrenmann. Falls sie aber in ihren Windeblättchen noch fortwährend aus diesem Kassennarber gegen unsern Verband Kapital schlagen wollen, so werden wir sie jedesmal recht unsanft auf ihre unsauberen Pforten knipsen. Das mögen sie sich merken.

**Bangelshelm** (Braunschweig). In der am 21. Februar d.h. 3. stattgefundenen Generalversammlung unserer Ortsgruppe erstattete zunächst der Kassierer den Kassenbericht. Aus diesem geht hervor, daß die Abrechnungen mit der Zentrale stets gewissenhaft und pünktlich vollzogen sind, auch befindet sich in unserer Volkskasse eine schöne Summe, sobald unser Kassierer das Vertrauen der Mitglieder dadurch ausgesprochen wurde, indem er einstimmig wieder gewählt wurde. Der übrige Vorstand wurde ebenfalls mit einigen Ergänzungen wiedergewählt. Sodann wurde beschlossen, bei Krankheitsfällen aus der Volkskasse den erkrankten Kollegen die Hälfte des von der Zentrale nach 1/2 Tägiger Krankheit gewährten Krankengeldes zu zahlen. Die Grinde dafür sollen kurz geschildert werden. Auf dem Staate gehörenden Krankenhäusern ist ebenso wie auf der benachbarten Hüttenhütte eine sogenannte „Hilfsklasse“ seitens der Werksleitung errichtet worden.

Um und für sich ist die Errichtung der Hilfsklasse seitens des Werkes wohl der Erkenntnis entsprungen, daß die Arbeiterschaft angehört der traurigen Lohnverhältnisse und in Anbetracht des geringen Krankengeldes eine Hilfe nötig hat. Wollte man aber ohne Hintergedanken den Arbeitern helfen, dann wäre es doch viel wichtiger, in der Krankenklasse auf Erhöhung des Krankengeldes hinzuwirken; aber das will man nicht, denn diese Beziehungen würden den Hüttenleuten zu Güte, während nur die Sieblinge der Beamten die jetzt geschaffene Vergünstigung einheimsen sollen. Wir können aber diese Hilfsklasse ruhig als eine „gelbe Gründung“ ansehen, umso mehr, als Mitglieder unseres des christlichen Metallarbeiterverbandes, nicht Mitglieder dieser Unterstützungs-Kasse werden können. Diese Haltung der Werksleitung ist eigentlich unverständlich. Ein Privatunternehmer kann mit seinem Gelde unterstützen wen er will, rechtlich ist dagegen nichts einzubringen. Was geschieht aber hier? Ein Unternehmen, welches dem Staat gehört, woran die jüngste Staatsbürgerschaft beteiligt sind, verwendet Mittel, die dem Staat gehören, dazu, um gewisse wenige Arbeiter bevorzugt zu können, während andere Arbeiter, die in demselben Betrieb tätig sind und genau so gut, ja noch besser ihre Arbeit verrichten, von dem Genuss dieser Bezüge ausgeschlossen werden. Was sagt die vorgesehene Behörde, was sagt der preußische Minister für Handel und Gewerbe zu einem derartigen Verhalten eines preußischen Beamten?

Sehen wir uns einmal die Leute an, denen man die Aufnahme in den Werksverein verweigert, so finden wir Männer darunter, die 15, 20, ja 30 Jahre und noch länger im Hüttenbetrieb tätig sind, die auf dem Boden des Gesetzes und der heutigen Staatsordnung stehen, die so mit zweierlei Maß gemessen werden! Aus welchen Grüünden suchen nun einige Kollegen bei der „gelben“ Kasse Zuflucht? zunächst einmal deshalb, weil der Werksdirektor dahinter steht und weil manche unserer Mitarbeiter der Ansicht sind, wenn sie in diese von der Werksleitung protegierte Hilfsklasse eintreten, befähigen sie in acht Tagen schon einen „besseren“ Posten. Leider sind diese guten Posten so sehr, sehr wenig!

Bezeichnend für den Geist, der in dieser gelben Gründung steckt, sind die Personen, die als Arbeiter darin die Hauptmacher sind. Als unsere Ortsgruppe gegründet wurde, äußerte der Kesselwärter H. M. seine große Freude über den Erfolg, den der Organisationsgebund unter den Hüttenleuten gefunden; er meinte sogar, der Verband sei schon einige Jahre früher bitter not gewesen. Dieser Mann ist nun plötzlich der Vorsitzende des gelben Werksvereins und bei seinem verantwortungsvollen Amt als Kesselwärter findet er trotzdem noch Zeit genug, seinen Posten zu verlassen und mit dem blauen Buch unter den Armen für seinen Werksverein zu agitieren! Was mögen wohl die Beamten denken über solch einen Mann, der in weniger Wochen so seine Gesinnung wechselt?

Dass man seitens der Verwaltung diese „Gelben“

glaubt befehlen zu müssen, geht schon daraus her-

vor, daß die Beiträge gleich vom Lohn abgezogen werden.

Wenn jemand glaubt, eines Vormundes zu bedürfen, so

ist das seine eigene Sache, aber dagegen werden wir

uns, daß Staatsgelder in solch einseitiger Weise ver-

wandt werden und daß unsere Kollegen offen und ge-

heim gedrückt und schikaniert werden seitens einer staatlichen Hüttenverwaltung.

Auf diesem Wege wird die Werksleitung nicht zum

Ziel kommen; wir als Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes wollen keine Bevorzugung, wir wollen nur

unser Recht, ordentliche Behandlung, auskömmliche Be-

zahlung und Arbeitszeiten, die in etwa der gesundheits-

sicheren Arbeit in den Schmelzhütten entsprechen. Nach

diesem Ziele wollen wir unentwegt hinstreben, fest und treu

sein wir zu unserem Verband, darum wollen wir nicht

müde werden, fortgesetzt an der Ausbreitung unserer Organi-

sation zu arbeiten, uns selbst zu Nutzen und den Gegnern

unserer Sache zum Trotz!

**Magdeburg.** Neuerdings schwierig ist es für unsere

christliche Gewerkschaftsbewegung in dem rot und gelb

durchsetzten Magdeburg vorwärts zu kommen. Der Kreis

unserer Mitglieder wird deshalb vorläufig ein beschmückter

bleiben, schon allein aus dem Grunde, weil bei der

Mehrzahl der hiesigen Arbeiter schon das Wort „christlich“

wirkt wie ein roter Sappen auf ein bekanntes Eis. Um

so notwendiger wäre es dieser halb, daß diejenigen Kolleg

, die sich einmal um das Banner der christlichen

Gewerkschaften geschart haben, durch hoppelte rege Beteil

igung am Verbandsleben sich die erforderlichen Kenntnisse

auf gewerkschaftlichem und sozialem Gebiete zu verschaffen

südten, um so doch noch manchen Zweifler zu uns heranziehen könnten. Aber weit gefehlt. Ein großer Teil unserer Mitglieder schlief, bis sie durch das Bekanntwerden irgend eines Versammlungsbeschlusses, der ihnen lästig oder überflüssig erscheint, ein paar Minuten aufwachen, um — zu kritisieren und zu nörgeln.

Dieses traurige Bild unverzichtlicher Interessenlosigkeit bot sich auch wieder in unserer am Sonntag, den 21. Februar, abgehaltenen Generalversammlung, in welcher die Sektion Ottersleben überhaupt nicht, die Sektion Gubenburg mit etwa 2 oder 3 Kollegen vertreten war. Dieses muss in Zukunft unabdingt anders werden. Der Kassierer erstattete zunächst den Kassenbericht für das 4. Quartal und im Anschluss hieran den Jahresbericht, welchem wir folgendes entnehmen: Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 4213,80 M., die Ausgaben 2747,6. M. An die Zentrale wurden 1467,89 M. gesandt. Die Lokalkasse hatte einschließlich des Bestandes vom Vorjahr eine Einnahme von 2123,79 M., eine Ausgabe von 1118,52 M., mithin einen Bestand von 1004,27 M. Für Erwerbslosenunterstützung wurden gezahlt: 905,38 M., für Arbeitslosenunterstützung 953,66 M., Maßregelungsunterstützung 193,12 M., Reise- und Aufenthaltsunterstützung 58,— M., Streitunterstützung 892,95 M., Sterbegeld 50 M. An den Bezirk wurden 296,66 M. abgesezt, der Kartellbeitrag belief sich auf 58,70 M.

Die Versammlungen fanden statt: 1 öffentliche, 62 Mitgliederversammlungen und 58 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen. In der Mitgliederentwicklung sind wir leider nicht vorwärts gekommen. In der Hauptzache ist dies darauf zurückzuführen, daß hier die Krise zu Anfang des Jahres 1908 voll zum Durchbruch kam. Von den Wertschätzungen wurde dies nun benutzt, um Freunde in die Arbeiterorganisationen zu legen, indem organisierte Arbeiter aufs Pflaster slogen, neu eingestellte aber Mitglied der gelben Werkvereine werden mußten. Besonders bei der Firma Schäffer u. Sodenberg nutzte man mit den vermeidlichsten Mitteln, um dem gelben Werkverein auf die Beine zu helfen. Die Arbeiter mussten 8 oder 14 Tage aussehen, und wenn sie dann nach dieser Zeit wieder kamen, waren ihre Plätze von den Gelben besetzt. Die Meister ließen mit den Aufnahmescheinen umher und gaben es den Arbeitern zu verstehen, daß, wenn sie jetzt nicht den Gelben betreten, sie ebenfalls ausschließen müssten und dann entlassen würden. Wir meinen, daß sich ein solches Vorgehen einmal rächen muss und sind im übrigen der Überzeugung, daß, wenn wieder eine bessere Konjunktur eintritt, ein großer Teil dieser unfreimülligen "Gelben" den weg in die Organisation zurückfinden wird.

Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Von den Devisoren wurden zwei wieder, zwei andere neu gewählt. Die Beratung eines Lokalstatuts wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt und darauf die Versammlung geschlossen.

Kollegen von Magdeburg! Am Anfang eines neuen Jahres richten wir an Euch die dringende Bitte, die bisherige Gleichgültigkeit abzulegen. Der Vorstand und mit ihm einige wenige Kollegen sind gewiß nach Kräften bemüht, unsere Organisation vorwärts zu bringen. Dieses Bemühen schertet aber immer wieder an dem Fehlen jeglichen Verständnisses dafür, daß es Pflicht jedes Kollegen ist, nach besten Kräften mitzuarbeiten. In erster Linie die Versammlungen zu besuchen, denn es wirkt geradezu deprimierend auf diejenigen Kollegen, welche sich Mühe geben, die Versammlungen lehrreich zu gestalten, wenn dieselben so miserabel besucht sind. Darum hand aufs Herz, Kollegen, und Besserung gelobt. Sodder einzelne mich im laufenden Jahr einmal tatkräftig mitarbeiten, damit wir trotz aller gelben und roten Hindernisse vorwärts kommen.

Mülheim a. Rh. Seit ungefähr Jahresfrist haben die Arbeiter des Karlswerk schwer unter der Krise zu leiden. In den einzelnen Büros folgte Abzug auf Abzug und nur in einzelnen Betrieben, wo die Organisation gut vertreten ist, war es möglich, die Abzüge ganz oder teilweise abzuwehren. Es war hier so reich Gelegenheit gegeben, den Wert der Organisation während der Krise zu erkennen. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich allmählich das Bewußtsein, daß nur durch geschlossenes, einiges Vorgehen etwas erreicht werden kann. Dieser Einschauung, welche übrigens jederzeit die Grundlage unseres Vorgehens bildete, konnte man häufig in Werkstattbesprechungen begegnen. Auch die Leitung des freien Metallarbeiterverbandes glaubte dieser Stimmung der Arbeiterschaft, wenigstens scheinbar, Rechnung tragen zu müssen, denn der Vertreter desselben erklärte in einer Versammlung des Kupferwalzwerks, es müsse so weiter gearbeitet werden wie in letzter Zeit, hand in Hand mit den übrigen Kollegen, die früheren Fehler dürfen nicht mehr vorkommen.

In letzter Zeit hat sich eine Besserung der Geschäftslage bemerkbar gemacht. Die Firma ist momentan mit Aufträgen gut beschäftigt, sobald selbst Nachfrage in einigen Betrieben eingeführt wurde. Diese Gelegenheit muß ausgenutzt werden. Eine Branchenversammlung hat inzwischen schon stattgefunden, zu der alle Drahtzieher „ohne Ausnahme“ vom sozialen Verband eingeladen waren.

Natürlich fanden sich auch unsere Kollegen dazu ein, um in gemeinsamer Arbeit an der Hebung ihres Standes mitzuwirken. Selbstverständlich hatten sie auch ihren Verbandsvertreter benachrichtigt. Als sich nun letzter mit einigen Verbandskollegen im Lokal einsandte, wurde ihm die Mitteilung gemacht, daß die Versammlung eine geschlossene Mitgliederversammlung sei, zu der nur Unorganisierte mitgebracht werden könnten. Auf unsern Einwurf, daß doch die Drahtzieher ohne Ausnahme eingeladen seien und daß auch unsere Leute Einladungen bekommen haben, wurden wir auf den Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines Branchenkomitees“ hingewiesen und dies als internes Sachen des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt.

Der Einladung nach zu schließen, kann sie allerdings nicht so aufgefaßt werden; jedoch wir verliehen das Lokal noch vor Beginn der Versammlung. Ein Betriebsführer des Werkes, welcher aus naheliegenden Gründen gerade in der Nähe des Versammlungsorts wohnte, hatte so recht günstige Gelegenheit, sich über die „Einigkeit“ der Arbeiter zu freuen und mit wahrscheinlich nicht versteuern, die entsprechenden Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Auch für die Drahtzieher ist die Geschichte lehrreich. Zuerst werden alle Kollegen ohne Ausnahme eingeladen, um möglichst viele, auch Indifferente, hinzu zu bekommen. Finden sich die christlich Organisierten dann nicht ein, wird darüber losgezogen, und man benützt die Gelegenheit, um den christlichen Führern eines hinzuzulügen, wie erst kürzlich in einer Budenbesprechung. Erscheinen sie aber, so wird die Versammlung als geschlossene Mitgliederversammlung erklärt und man gibt dem Unternehmertum das Schauspiel einer getrennten uneinigen Arbeiterschaft. Wohl gernzt dies geschickt von Leuten, welche nicht genug schimpfen können über die „Spaltung und den Arbeiterrat“ der bösen „christlichen“.

Drahtzieher, zieht die Konsequenzen daraus! Erkennt Eure Lage, schlicht Euch einem Verbande an, der wirklich gewillt ist, Eure Verhältnisse zu verbessern, der auch geneigt ist, mit anderstärenden Berufskollegen zusammen zu arbeiten und der dies jederzeit bewiesen hat. Dies ist der christliche Metallarbeiterverband!

**Bochum.** Mehrere schwere Unglücksfälle aus letzter Zeit in dem Werke „Stahlindustrie“, Abteilung des Bochumer Vereins in Bochum hätten leicht vermieden werden können, wenn die Unfallverhütungsvorschriften besser beobachtet worden wären. In einem Falle war ein Arbeiter im Schlauchkeller mit dem Aufladen von Schlacken beschäftigt, während aus einem über demselben schwelenden Touverter flüssiger Stahl in die Gießfässer gegossen wurde. Es sprang eine Masse flüssiger Stahl aus einer Pfanne heraus, welcher den betreffenden Arbeiter so ungünstig traf, daß derselbe schwere Brandwunden erlitt und ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Es besteht eine Vorschrift, wonach beim Blasen, Weben oder Schweißen niemand im Schlauchkeller arbeiten soll. In diesem Betriebe ist übrigens so wenig Raum, daß die Arbeiter den Gefahren kaum ausweichen können, zumal der ganze Raum noch mit konstantem Raum beladen ist. Zudem ist es eine ganz aufreibende Tätigkeit für die Arbeiter in dem Schlauchkeller bei einem Verdienst von 4,50 Mark bis 4,70 Mark unter der größten Höhe und Gefahr von Leben und Gesundheit. Die Arbeit ist so „geschäftig“, daß Arbeiter, welche dieselbe kennen, nicht für solche zu haben sind. Sie wird gewöhnlich von Obersprechen verrichtet, aber auch nur höchstens 14 Tage lang. Hinzu kommt noch, daß Arbeiter an dieser Arbeit in 14 Tagen 19 Schichten (Schicht zu 12 Stunden gerechnet) verrichtet haben. Wo bleibt da Gesundheit, Familie und Menschenwürde?

Einstige Tage vorher hatte sich im Martinwerke des selben Betriebes „Stahlindustrie“ ebenfalls ein schwerer Unglücksfall ereignet. Beim Gießen kam ein Arbeiter zu Fall. Der zu Hülfe eilende Arbeitskollege stürzte gleichfalls, wodurch beide sich schwere Brandwunden zuzogen. Glücklicherweise hatte der Hülfer der Rettung an, an welchem die Gießfanne hing, das Fallen der beiden Arbeiter bemerkte, und sofort den Rettung außer Tätigkeit gesetzt, wodurch größeres Unglück verhindert wurde.

Vorhin geschildertes sind nur einige Proben aus diesem „modernen“ Werke. Die Arbeiter aber ertragen dieses alles mit der größten Geduld, in dem festen Glauben, daß Ihr Los unabänderlich sei. Ja ihr Arbeiter des Werkes „Stahlindustrie“ Bochum, unter den jetzigen Verhältnissen müßt Ihr Euer Los noch so lange ertragen, bis Ihr zum Mittelpunkt der Selbsthilfe, der Organisation, greift. Dazu wird Euch reichlich Gelegenheit geboten im christlichen Metallarbeiterverband.

**Offenbach a. M.** Am Samstag, den 27. Februar fand hier eine Arbeitslosenzählung durch die Stadt mit Hinzuziehung der Gewerkschaften statt. Auch unsere Ortsgruppe beteiligte sich mit 10 Büchern. Soweit bis jetzt feststeht, wurden 900 Arbeitslose gezählt. Seither schwätzen immer deren nur 500 und ist diese Zahl somit weit überholt. Das Material dieser Zählung wird gegenwärtig durch die Stadt bearbeitet und werden wir, sobald das genaue Resultat veröffentlicht wird, auch in unserem Organ näher darauf zurückkommen.

**Lehrbach a. G.** Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der königlichen Eisenhütte zu Lehrbach sind definitiv ungünstig, daß eine Verbesserung bzw. eine Reform derselben unbedingt notwendig ist. Diese Notwendigkeit ist von den sozialen allgemein anerkannt und wird von allen empfunden, nur sind nicht alle bereit, die Voraussetzungen einer gesunden Reform zu schaffen, denn bis jetzt ist es nicht möglich gewesen, den größten Teil der Arbeiter der Organisation, unserm christlichen Metallarbeiterverband, zugänglich zu machen. Wie es nun hier aussieht, wird vielleicht den Kollegen anderwärts unglaublich erscheinen. In der Gießerei wird alles im Alltag gearbeitet und zwar nach Gewicht; 11 Mann sind an dieser Arbeit beschäftigt. Im Monat Januar wurden nun in 24 Schichten 62 Mark verdient, pro Schicht also rund 2,58 Mark! Darunter sind Leute, die 21 Jahre lang auf dem Werk tätig und 45 Jahre alt sind! In der Formerei wird ebenfalls im Alltag gearbeitet und zwar rückt sich der Preis nach 4 verschiedenen Gußarten. Für Herdguss und Platten werden für 100 Kilogramm 30 Pf. bezahlt, für andere schwierigere Sachen pro 100 Kilogramm 40 Pf. und für Kasten- und Maschinenguss werden für 100 Kilogramm gar 66½ Pf. bezahlt, endlich gibt es für 100 Kilogramm Porzeguss 1,15 Mark. Wir glauben, daß nach den mitgeteilten Preisen es keinen Former gelöst wird, nach hier zu kommen und sein Heil hier zu versuchen.

Besondere Plagen kommen aber aus dem Emailleurwerk, worin allerdings nur 8 Kollegen beschäftigt sind. Auf der Hütte wird alles nach Schema S geregelt, so besagt denn auch ein Aushang, wieviel die Formerei, Emailleur usw. dann verdienen, wenn keine Alltagsarbeit vorhanden ist und sie im Tagelohn beschäftigt werden. Wenn ein Former im Tagelohn kommt, so verdient der, welcher ein Alter

von 25—30 Jahren hat,	2,60 M.
" 30—35 "	2,70 "
" 35—40 "	2,80 "
" 40—45 "	2,90 "
" 45 Jahren und mehr "	3,— M.

Das sind also die Lohnsätze für Formerei. Für die Emailleier sind diese Löhne der Werkverwaltung schienbar noch zu hoch, denn bei Emailleier bezahlt man nur 2,50 M.

im Tagelohn. Die auf dem Aushang angegebenen Lohnsätze werden also von der Verwaltung nicht eingehalten.

Eine Musterwerft ist bei den Dreher, Schlosser und Schmiede. Bekanntlich sollen Staatsbetriebe Musterbetriebe sein, in diesem Musterbetrieb kennt man keine Wascherei, Schänke zum Aufbewahren der Fleißdungsstücke sind als Kästchen sehr gefügt, so was gleichzeitig, ein Raum zum An- und Umkleiden ist auch nicht vorhanden, wohl aber ein überhöhter Speisesaal, der aber auf Sauberkeit keinen Anspruch machen kann. Den Vormerkt, dies geschieht von Leuten, welche nicht genug schimpfen können über die „Spaltung und den Arbeiterrat“ der bösen „christlichen“.

Drahtzieher, zieht die Konsequenzen daraus! Erkennt Eure Lage, schlicht Euch einem Verbande an, der wirklich gewillt ist, Eure Verhältnisse zu verbessern, der auch geneigt ist, mit anderstärenden Berufskollegen zusammen zu arbeiten und der dies jederzeit bewiesen hat. Dies ist der christliche Metallarbeiterverband!

Die Arbeiter müssen nicht aufzutreten sein, wenn wenigstens immer regelrechte Arbeit da wäre, aber wie oft müssen Zeitschichten gemacht werden und an wie manchen Tagen kann man infolge mangelnder Arbeit die Zeit und die Arbeitskraft nicht ausnützen. Besonders „gut“ haben es in dieser Beziehung die Formerei, ob sie morgens um 7 Uhr anfangen, um 8 Uhr oder noch später, kein Mensch kümmert sich darum, es sei aber gleich dabei bemerkt, daß auch der Obermeister nicht frühzeitig zur Stelle ist, die Arbeiter erhalten ja trotzdem ihren vollen Gehalt, aber die Arbeiter feiern auf eigene Kosten. Dem Arbeitsmangel könnte nun mit leichter Mühe vorgebeugt werden, wenn die königlichen Grubenverwaltungen und ebenso die königlichen Hütten, die Silber- und Bleiwerke verarbeiten, ihren Bedarf an Gussteilen in der Lehrbacher Eisenhütte herstellen ließen, aber weit gefehlt, lieber gibt man Privatwerken die Aufträge. Vielleicht richtet das königliche Oberbergamt zu Clausthal seine Aufmerksamkeit auf Lehrbach, so könnte manches da geändert und im Interesse des Staatsäckel gebessert werden, denn es ist doch nicht richtig gehandelt, wenn der Staat seine eigenen Betriebe und die darin beschäftigten Arbeiter seien lädt und seine Aufträge in der Privatindustrie herstellen lädt.

Die Arbeiterschaft versucht nun an ihrem Tell zu einer Reformierung der Verhältnisse beizutragen, indem sie sich teilweise dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen hat. Den Kollegen in der Dreherei war es auch durch die durch den Abschluß an die Organisation herbeigeführte Einigkeit möglich, für Lehrbachers pro Stunde einen Durchgang von 5 Wfd. zu erreichen. Aus der gleichen und gründliche Verbesserung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse ist wohl nach den vorstehend mitgeteilten Verhältnissen bringend nötig, an der Arbeiterschaft der Hütte liegt es nun, zu zeigen, ob sie gewillt ist, mitzuarbeiten. Je mehr sich die Kollegen dem Verbande anschließen, desto eher kann Wohlfahrt geschaffen werden. Darum rufen wir allen Kollegen, die uns noch fern stehen, zu mit einzutreten in die Reihe der Organisierten, mitzukämpfen und mitzuringen um die Gleichberechtigung unseres Standes, denn „Einigkeit macht stark.“

## Soziale Wahlen.

**Lippstadt** Hier fanden am 25. Februar die Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Die Beteiligung an derselben war in diesem Jahre stärker als in den Vorjahren. Von den 403 abgegebenen Stimmen erhielt die sozialistisch-nationale Liste 297, wogegen es die vereinigten Genossen und H.-D. trotz aller Anstrengung nur auf 94 Stimmen brachten. Unerhört waren 12 Stimmen. Es wird von allgemeinem Interesse sein, die Taktik der Genossen etwas zu beleuchten. Dieselben arbeiteten schon seit langer Zeit mit einer fieberhaften Tätigkeit, um in der Ortskrankenkasse Einfluß zu gewinnen. Im Laufe des vergangenen Jahres stellte das Ortskarteil der sozialdemokratischen Gewerkschaften an den Vorstand der heutigen Ortskrankenkasse und an die Behörde den Antrag, die Verhältniswahl einzuführen. Welche Antwort den Genossen von der Behörde zu Teile gemorden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Vorstand der Ortskrankenkasse dagegen machte ihnen, nachdem er den Karteilverantwortlichen der sozialdemokratischen Gewerkschaften in einer Krankenkassen-Vorstand-Versammlung über Verhältniswahl hatte sprechen lassen, den Vorschlag, ihren Antrag später zu erneuern, da die Zeit zur Behandlung dieser Frage zu kurz sei. Sie (die Genossen) möchten sich an das christliche Gewerkschaftskarteil wenden, damit dieses ihnen einige Vertreter überlässt. Letzteres taten die Genossen und stellten beim christlichen Gewerkschaftskarteil den Antrag, ihnen von den 67 zu wählenden Vertretern 15 zu überlassen. (Sehr bescheiden! D. G.) In einer darauf folgenden Sitzung beschloß das christliche Karteil, den Genossen zwei Vertreter zu gewähren, die Aufstellung berieselben jedoch nicht den Genossen zu überlassen, sondern selbst vorzunehmen.

Diesen Beschluß begründete das christliche Karteil wie folgt: Da man dort, wo unsere Kollegen sich in der Minderheit befinden, dieselben auch nicht berücksichtigt, sondern mit allen Mitteln gegen sie arbeitet, so haben auch wir gar keine Veranlassung, den Genossen ein von ihnen nirgends geübtes Entgegenkommen zu zeigen. Haben diese dort verschiedentlich sogar dort, wo sie die Macht in den Händen hatten, gegen die Einführung der Verhältniswahl gestimmt (z. B. Iserlohn usw.)

Auf unsern Bescheid teilten uns die Genossen mit, daß sie für diesesmal den Christlichen die Sache allein überlassen, sich also nicht an der Wahl beteiligen wollten. Wir hatten jedoch ihre Taktik durchdrungen. Man beabsichtigte nämlich nichts anderes, als uns zu übertrumpfen. Denn wo möglichest die Gewerkschaft im geheimen so intensiv die Agitation? Georg ein verleumderisches Blatt und das der Sozial-

tat genommenen S.-D. ersitten sie, wie oben ersichtlich, die gründliche Niederlage.

Zur Kennzeichnung der gegnerischen Kampfweise diene noch folgendes: Kürzlich fand auf der hiesigen Camischen Fabrik die Arbeiter-Wahlabstimmung statt. Durch die nur denkbarsten Wahlausfälle und durch Zuhilfenahme des Fabrikanten ist es den Genossen vom voten Lederarbeiterverband gelungen, über unsere Kollegen zu siegen. Nachdem die Wahl getätiggt war, waren nämlich 10 Stimmzettel mehr abgegeben, als überhaupt Arbeiter beschäftigt waren. Dann haben noch Minderjährige und selbst der Fabrikant zugunsten der Genossen mitgewählt. Eine wirklich nette Wahlverwandtschaft. Auch dieser Fall hatte dazu begetragen, daß das christliche Ortskärtell dem Antrage der Genossen nicht stattgegeben hat, und das mit Recht.

Unsere christlichen Arbeiter aber mögen hieraus ersehen, daß sie überall auf der Hut sein müssen, damit sie ihre Position behaupten und die Gegner in die Schranken zurückweisen können.

**Willingen i. B.** Einen glänzenden Sieg erlangt die christlich-nationalen Arbeiterschaft bei der am 18. Februar vorgenommenen Ergänzungswahl zur Ortskrankenkasse. Auf die Vorschlagsliste der „christlichen“ Arbeiter fielen 462 Stimmen, die Liste des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells erhielt 290 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war gegen frühere Jahre eine außerordentlich rege. Es zeigte sich bei dieser Wahl, daß die christliche Arbeiterschaft bei gutem Willen und intensiver Agitation schöne Erfolge erzielen kann; wäre in früheren Jahren so gearbeitet worden wie bei dieser Wahl, dann hätten die Genossen die Krankenkasse nie in die Hände bekommen. Ein Lob gebührt unsern Vertrauensleuten, welche bei der Wahl gezeigt haben, daß sie Arbeitsfreudigkeit und Offenmütigkeit besitzen. Sie haben zum größten Teil ihre Pflicht gewissenhaft erfüllt und ihr bestes zum Wahlsieg beigetragen. Auch der Kolleginnen wollen wir dankend gedenken, welche ihre Kraft in den Dienst unserer Sache gestellt haben. Wir hätten den Wunsch, daß auch bei andern Gelegenheiten und sozialen Aufgaben die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine so eifrig und einig mit einander arbeiteten. Es kann dies nur zum Vorteil der christlichen Arbeiterbewegung ausfallen. Die Herren Genossen sind natürlich über diesen Wuhlußau sehr erdoi und schimpfen im „Volksfreund“ wie die Mohrsalzen. Das geniert uns aber nicht, sondern soll vielmehr ein Ansporn sein, in Zukunft noch besser und eifriger für unsere Sache zu arbeiten und zu agittern. Darum, christliche Arbeiter, bei Kopf hoch und bleibt auch ferner unsrer Sache treu, werbet und agiert für unsern Verband, damit wir jederzeit schlagfertig dastehen, wenn die Pflicht uns ruft.

### Literarisches.

**Posadowitsch als Sozialpolitiker.** Der Berliner Kongress der christlich-nationalen Arbeiter (Oktober 1907) gab seinem Zusamm' den Auftrag, die Posadowitsch'sche Aera der deutschen Sozialpolitik durch eine sachmännische Feder darstellen zu lassen. Während der Amtsduer Posadowitsch's als Staatssekretär hielt dieser bekanntlich über die verschiedenen sozialpolitischen Materien hochbedeutsame Reden, um deren Gründlichkeit und Sachkenntnis Posadowitsch in weiten Kreisen bewundert wurde. Diese Reden und Gedanken liegen in den Parlamentsakten begraben, ohne daß weitere Kreise Anregungen und Fragen aus ihnen ziehen können. Sie einer größeren Deutlichkeit zugänglich zu machen, erschien dem Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses in Gemeinschaft mit führenden Sozialpolitikern zweckdienlich und ratsam. Auch noch ein anderer Grund bestimmte die genannten Kreise zur Herausgabe einer Schrift über Posadowitsch: Seit der leidigen 12.000 M.-Uhräre konnte man in steigendem Maße beobachten, wie Staatssekretär Graf Posadowitsch ehrlich zur Fortführung der deutschen Sozialreform bestrebt war und wie er sich dieserhalb im Lager der Scharfmacher die stärksten Anfeindungen zog. Dessen Einfluß war es schließlich auch hauptsächlich zuzuschreiben, daß aus den letzten Jahren der Posadowitsch'schen Tätigkeit größere positive Leistungen auf dem Gebiete der geistlichen Sozialreform nicht mehr zu verzeichnen waren. Und ein Mann, der, nachdem er sich zur Anerkennung der Notwendigkeit der geistlichen Sozialreform durchgerungen, trotz aller Anfeindungen ehrlich für die unteren Klassen arbeitete, verdient von diesen auch vor der Geschichte geehrt zu werden. Aus den dargelegten Gründen ist die soeben erschienene Schrift zustande gekommen:

**Posadowitsch als Sozialpolitiker.** Ein Beitrag zur Geschichte der Sozialpolitik des deutschen Reiches. Im Auftrage des zweiten deutschen Arbeiterkongresses vorgetragen von Dr. Leopold v. Wiese, Professor der Volkswirtschaftslehre an der kgl. Technischen Hochschule Hannover. Köln 1908. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Palmsstr. 14. 189 Seiten. Geschmackvoll gebunden. Preis 4 M. für Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbands durch die Geschäftsstelle des Verbandes nur 2 M.

**Zuhalt:** Vorwort. Kap. I: Die Vorgeschichte der Aera Posadowitsch. (Die Sozialpolitik des Deutschen Reiches von 1881 bis 1897.)

Kap. II: Lebensgang und Wirken des Grafen Posadowitsch bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär des Innern.

Kap. III: Posadowitsch als Staatssekretär des Innern bis zum Jahre 1900.

Kap. IV: Posadowitsch als Staatssekretär des Innern in den Jahren 1901 bis 1907.

Die Schrift, die lebendig geschrieben ist, führt in gebrüngter Kürze die sozialpolitischen Strömungen der letzten Jahrzehnte vor Augen und klärt eine Anzahl Zusammenhänge auf, die seither, selbst sozialpolitischen Kreisen, fremd gewesen sein dürften. Sie verdient daher weiteste Verbreitung.

### Briefkasten.

Die Ortsgruppenvorstände sowie ältere Kollegen werden gebeten, einmal in ihrem alten Zeitungsvorrat nachzu suchen, ob vielleicht noch einzelne Nummern vom 5. Jahrgang unseres Organs (1904) vorhanden sind. Vornehmlich ziehen uns die Nummern 5, 18, 19 und 22, um einige Jahrgänge zum Einbinden vollständig zu machen. Eine vorhandene Exemplare möge man sofort an die Zentrale senden. — Nach Höchst a. W. B. R. Du hast Recht, daß Amt a. Vorstandesmitglied oder Beiträusmann soll ein unbezahlter Ehrenposten sein. Wir müssen uns bestreben, daß wir nur dann die Anerkennung und Gleichberechtigung unseres Standes erringen werden, wenn sich auch genügend Männer finden, die bereit sind, nicht nur materielle sondern auch persönliche Opfer zu bringen. Dem Klässer kann wohl eine kleine Entschädigung gewährt werden, um seine Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen. Besser wäre ein Verzicht darauf, des gwen Beispiels wegen. — Nach Ossenbach. Besten Dank für die Zusendung, wollen aber von einer Veröffentlichung absiehen, da wir die Tätigkeitsberichte der Gewerbegerichte schon räumungslos wegen im Orgen nicht wiedergeben können. Es liegt auch keine besondere Ursache vor, mit dem dortigen Bericht eine Ausnahme zu machen. — Nach Neustadt a. S. Es ist nicht unsere Aufgabe, sondern die Pflicht der betr. politischen Presse, diesen Artikel zu widerlegen. Im übrigen besten Dank für die Zusendung. Leider gibt es noch viel zu wenig Kollegen, die uns die einzügigen Preissummen übermitteln. Vor allem muß dieses die Pflicht unserer Beamten und Bahnhofsvorstände sein.

### Sterbetafel.



**Büsbach.** Unser Kollege Wilhelm Teutenberg ist am 22. Februar nach längerem Leiden im Alter von 29 Jahren gestorben,

**Schweinfurt.** Unser Kollege Alois Weber starb am 24. Februar in Burghausen a. L. an einem Lungenleiden.

**Göppingen.** Unser Kollege Alfonso Scheel ist an Lungenentzündung im Alter von 40 Jahren gestorben.

**Pforzheim.** Am 7. März verstarb unser Kollege Joseph Hutt, 58 Jahre alt, infolge Lungenentzündung.

Erheben Andenken!

### Versammlungskalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.

**Bochum II.** Sonntag, den 14. März, 11 Uhr Versammlung im Salamander, Allestraße.

**Bocholt.** Sonntag, den 21. März nachm. 5 Uhr große öffentliche Versammlung. Um 3 Uhr Versammlung der Vorstands- und Beiträusmänner bei Franz Impfung. — Sonntag, den 4. April. Monatsversammlung für alle kleinen Zweige morgens 11 $\frac{1}{2}$  Uhr.

**Bromberg.** Sonnabend, den 20. März, abends 8 Uhr, im Lokal Schleuse-Prinzenthal 4, außerordentliche Versammlung. Referenten: Reichstagsabgeordneter Kollege Becker, außerdem Kollege Winter, Berlin: „Arbeitskammern und deren Bedeutung für die Arbeiterschaft.“ Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen und möglichst viele indifferente christl. gesinnte Kollegen mitzubringen.

**Dortmund-Lüdinghausen.** Samstag, den 13. März, abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, Versammlung bei Wüstmann.

**Duisburg I.** Wegen der öffentlichen Kartell-Versammlung steht die nächste Mitglieder-Versammlung aus. Um 2 Uhr müssen alle Kollegen, welche am Sonntag vorher eingeladen, wieder bei Kämpfers erscheinen.

**Duisburg-Rheinhausen.** Sonntag, den 14. März, nachmittags 6 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Döring, Vereinshaus, Bahnhofstraße. Vortrag des Kollegen Herzog.

**Düsseldorf.** Sonntag, 14. März nachm. 3 Uhr im Tannhäuser-Versammlung.

**Düren.** Die Geschäftsstunden finden jeden Freitag bei Joh. Rosbors, von 1/2 bis 8 Uhr statt. Erwerbslosenunterstützung und sonstige Unterstützungen werden in dieser Zeit ausgezahlt. Die Bibliothek ist dann auch geöffnet.

**Eigenach.** Samstag, den 12. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Eid.

**Effen (Ortsverwaltung).** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß jede unterstützungsberichtigte Krankheit innerhalb der ersten drei Erkrankungsstage; jede Arbeitslosigkeit ist am ersten Tage nach 23 Uhr des Arbeitsverhältnisses, auf unserem Büro, Krohnhauserstr. 19, zu erfolgen hat. Später Melbungen können nur bis zum Tag der Meldung Berücksichtigung finden. Durch Besichtigung des Vorstandes wurden die Berichtsstunden auf unserem Büro auf die Zeit von 11–1 Uhr vormittags

und 4–7 Uhr nachmittags festgesetzt. Wir bitten, diese Zeit einzuhalten zu wollen.

**Effen Elektromontiere.** Freitag, den 12. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Zur Stadt Elbersfeld“ Steelerstraße.

**Effen Schlosser und Schmiede des Kleingewerbes.** Samstag, den 13. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Krohnhauserstr. 12.

**Effen-Werden.** Sonntag, den 13. März, vorm. 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Rimmedamp, Kührstraße. Referent Kollege Deuple.

**Effen-Altendorf.** Sonntag, den 18. März, abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Wind, Altenborserstraße. Frauen sind freundlich eingeladen.

**Effen-Nordost.** Sonntag, den 18. März, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Eissteller Beufstraße. Referent Kollege Deuple. Frauen sind freundlich eingeladen.

**Effen-Hutrop.** Sonntag, den 18. März, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Stattrop, Chausseestraße. Frauen sind freundlich eingeladen.

**Frankfurt a. M.** Unser Arbeitsnachweis befindet sich Schönstraße 224 beim Kollegen Rudolf Neubert. Geöffnet mittags von 12–1 und abends von 7–8 Uhr.

**Göppingen.** Sonntag, den 14. März, nachmittags 1 $\frac{1}{2}$  Uhr, Versammlung im bayrischen Hof bei W. Stiltz. Untersuchungen werden mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 1 $\frac{1}{2}$  Uhr ausbezahlt.

**Gelsenkirchen-Neustadt.** Sonntag, den 14. März, vorm. 10 $\frac{1}{2}$ , Uhr Versammlung bei Mastius.

**Gelsenkirchen-Schalke.** Sonntag, den 14. März, vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag über Arbeitskammern bei Wegener.

**Gelsenkirchen-Bismarck.** Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag über Arbeitskammer bei Meschede.

**Geisweid.** Sonntag den 14. März nachm. 4 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Schäfer.

**Hüls bei Recklinghausen.** Die nächste Versammlung in Sektion Hüls findet am Freitag, den 19. März, abends 7 Uhr bei Recklinghäuser statt.

**Ortsverwaltung Hagen i. W.** Den Kollegen zur Nachricht, daß die Geschäftsstelle unseres Verbandes sich im Hause des Herrn Westen, (vormalig Steyerbrink), Hochstr. 72 befindet. Dieselbe ist mit Ausnahme Donnerstags und Sonntags, jeden Tag vormittags von 9–1 Uhr und nachmittags von 4–8 Uhr geöffnet.

**Haspe.** Sonntag, den 28. März, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Weber. Vortrag des Stadtverordneten Hamel aus Hagen.

**Hedderheim.** Nächste Versammlung mit Vortrag findet am 14. März, abends 8 Uhr im Römerkastell statt. Die Mitglieder werden erucht, ihre Frauen sowie auch Freunde mitzubringen. Referent: Kollege Scherer.

**Ortsgruppe Kalk.** Sonntag den 14. März, vormittags 10 $\frac{1}{2}$ , Uhr Versammlung im Lokale des Herrn Schorodt.

**Ortsgruppe Karlsruhe.** Samstag, 18. März 1 $\frac{1}{2}$ , Uhr Versammlung bei Seithel, Kaiserallee 28. Thema: „Das Krankenversicherungsgesetz“ Referent Kollege Finken.

**Lautenthal.** Sonntag, den 14. März, nachmittags 8 Uhr, Versammlung. Da es sich um wichtige Angelegenheiten handelt, ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

**Mülheim-Düren [Drahtziehersektion].** Sonntag, den 21. März morgens 10 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Siebert Gladbacherstraße.

**München.** [Sektion der Kunst- und Bauschlosser.] Samstag, den 13. März, abends 8 Uhr Versammlung im Rosengarten, Schwabhauserstr. 18. Besprechung wichtiger Tarifangelegenheiten.

**Nieheim.** Sonntag, den 14. März, nachmittags 2 Uhr, Versammlung im Centralhof. Vortrag: Welche Mittel wollen wir ergreifen, um allgemeine Mitarbeit herbeizuführen? Die Mitglieder sind verpflichtet, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen.

**Oker.** Samstag den 18. März Versammlung im Lokale des Herrn Koch.

**Overhausen-Mülheim-Düren.** Sonntag, den 14. März, vormittags 11 Uhr, Versammlung mit Vortrag bei Lüder. Thema: „Unrechte Ausgaben in der Gegenwart.“ Unorganisierte sind mitzubringen. Jeden Freitag von 6–8 Uhr abends bei Lüder Geschäftsstunden.

**Olpe.** Jeden ersten Sonntag im Monat, morgens 1/2 12 Uhr und jeden 3. Freitag im Monat, abends 6 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Geschwister Hemper.

**Siegen.** Die nächste Monatsversammlung mit Vortrag findet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr im Vereinslokal Demandt statt.

**Thale a. S.** Sonntag den 14. März, nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ , Uhr im „Braunen Hirsh“ Vorstand- und Beiträusmannsitzung. Nachmittags 1 $\frac{1}{4}$  Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag „Über Tarifverträge“. Die Frauen sind freundlich eingeladen.

**Unterkochen.** Sonntag, den 14. März, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal.

**Wolfsbüttel.** Samstag, den 20. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ , Uhr öffentliche Versammlung mit Vortrag des Kollegen Buchner im Hotel „Bayrischer Hof“ Stadtmarkt.

### Chrenereklärung!

Ich Endeunterzeichneter, fühle mich gezwungen, die Bekleidungen, die ich gegen die Vorstandesmitglieder der Ortsgruppe Düren, besonders gegen den Vorstandenden Bierhard, Kassierer Wissel und damaligen Revisor Hajan gemacht habe, zurückzunehmen. Ich erkläre dieselben für ehrenhafte Kollegen.

Gustav Becker.

Flugzettel :: :: :: Plakate  
Eintrittskarten :: Mitgliedskarten  
Programme :: :: :: Liederlyrixe  
Statut - Abdrücke, überhaupt alle  
Vereins- und Privat-Druckstücken  
liefern wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Zusendung per Postpaß  
:: :: :: Genossenschaftsdruckerei :: :: ::

Geiß zum Niederrhein, Duisburg.